

Bayerischer Landtag

Stenographischer Bericht

7. Sitzung

Dienstag, den 23. Januar 1951

Geschäftliche Mitteilungen	45
Aussprache zur Erklärung der Staats- regierung (5. Sitzung; 9. 1. 1951)	
Dr. Hundhammer (CSU)	45
von Knoeringen (SPD)	50
Dr. Etzel (BP)	57
Nächste Sitzung	69

Präsident Dr. Stang eröffnet die Sitzung um 15 Uhr 12 Minuten.

Präsident Dr. Stang: Ich eröffne die 7. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Beck, Dr. von Prittwitz und Gaffron, Stöhr, Strobl, Volkholz, Zimmerer.

Es sind bis jetzt sieben **Interpellationen** eingereicht worden. Selbstverständlich ist keinem Mitglied des Hauses das Recht irgendwie verwehrt oder beschränkt, eine Interpellation einzureichen. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß nach unserer Geschäftsordnung die Interpellationen eine **besonders feierliche Form der öffentlichen Anfragen im Parlament sind**, und möchte daher meinen, man sollte von diesem außerordentlichen Mittel nicht gar so häufig Gebrauch machen, um diese Waffe nicht abzustumpfen. Unsere Geschäftsordnung ermöglicht auch kurze Anfragen und in jeder Sitzungswoche findet zum mindesten eine Fragestunde statt, in der manche Angelegenheiten vorgebracht werden können, ohne den Weg der Interpellation zu beschreiten.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 betrifft die

Aussprache über die Erklärung der Staatsregierung vom 9. Januar 1951.

Zu dieser Regierungserklärung nehmen die einzelnen Parteien Stellung, und zwar ist nach altem parlamentarischem Brauch für die Reihenfolge die Größe der Fraktionen maßgebend. An die sogenannte erste Garnitur wird sich wohl noch eine zweite und vielleicht sogar eine dritte Reihe von Rednern anschließen. Darüber ist nichts Näheres festgelegt.

In der Reihe der Redner hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Meine Damen und Herren! Den Ausführungen zur Regierungserklärung möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung voranstellen: Nicht alle im Lande sind mit der **Art der Regierungsbildung** einverstanden und zufrieden.

(Sehr richtig!)

Jetzt ist aber eine Regierung da, und sie muß Gelegenheit haben, zu zeigen und unter Beweis zu stellen, ob und wie sie sich bewährt. Wir haben dabei in der Fraktion der CSU das Vertrauen zum Ministerpräsidenten, daß er nicht Positionen preisgeben wird, die nun einmal nicht preisgegeben werden dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns auch darüber klar, daß sich das Geschehen bei uns im Schatten eines **weltpolitischen Hintergrundes von furchtbarer Dramatik** abspielt. Wir haben auf dieses Geschehen kaum eine Spur von Einfluß, wir werden aber vom Ablauf der Ereignisse mitgerissen auf Gedeih und Verderb. Im Rahmen dieser Geschehnisse werden die Fragen, die wir heute hier so ernst nehmen und vielleicht mit Leidenschaft debattieren, sehr viel an Gewicht verlieren.

Die **Regierungserklärung** hat viele Probleme berührt; sie hat sich bemüht, Formulierungen zu finden, mit deren Hilfe sich zwischen den Klippen der oft diametral einander entgegenstehenden Interessen und Parteiprogramme und Wahlversprechungen der Koalitionsparteien, zwischen Scylla und Charybdis, hindurchsteuern läßt. Das ist notwendig; wenn man **Koalitionen** eingeht, muß man **Kompromisse** schließen. Je weiter die Koalitionspartner nach ihren Programmen voneinander entfernt sind, auf desto mehr müssen naturgemäß die Beteiligten verzichten.

Es ist in den Reihen der Fraktion der CSU mit Befriedigung festgestellt worden: Das Kabinett sichert uns zu, daß die Stellung, die dem **Staat Bayern** nach der Vorstellung der bayerischen Verfassungsgesetzgeber zukommen sollte und die ihm nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zugestanden ist, unter allen Umständen gehalten und wenn nötig mit gemeinsamen Kräften verteidigt werden muß.

(Sehr gut!)

(Dr. Hundhammer [CSU])

Die Regierung will sich gegen jede unnötige **Errichtung eigener mittlerer und unterer Bundesbehörden** wenden. In dieser Beziehung stehen heute bereits Ereignisse und Probleme vor uns, die sehr ernste Fragen aufwerfen. Ich erinnere an die Stellungnahme der Deutschen Bundesbahn zum **Feiertagsgesetz** und zur Innehaltung der in der bayerischen Gesetzgebung gesicherten Regelung von staatlich anerkannten und staatlich geschützten Feiertagen. Das kann unter Umständen eine Probe aufs Exempel werden.

Bei der Gestaltung der **innerbayerischen Verhältnisse** kommt eine besondere Bedeutung der durch lange und eingehende Vorarbeiten formulierten **Gemeindeordnung** zu. Diese schließt auch Fragen in sich, die notwendigerweise zwischen den Fraktionen der Koalition noch gründlich durchbesprochen werden müssen, wenn sie einer positiven gemeinsamen Lösung zugeführt werden sollen. Ich denke an die Frage der Kompetenzabgrenzungen, die Frage der Staatsaufsicht, die Regelung der Gemeindefinanzen und das Problem des Wahlrechts in den Gemeinden.

Etwas überraschend erscheint mir die Eile, ich möchte fast sagen, die Hast, mit der die **Abänderung des Landeswahlgesetzes** in den Vordergrund gestellt worden ist.

(Zuruf von der SPD: Das ist dringend!)

So schnell werden wir dieses Gesetz, hoffe ich, nicht wieder brauchen. Oder — ?

(Große Heiterkeit)

Bedeutungsvoll wird auch das **Amt für Verfassungsschutz** sein, besonders nach den Entscheidungen, die wir in der letzten Zeit über die Entlassungen von als Kommunisten bekannten Agitatoren erlebt haben. Wenn die Justizbehörden Maßnahmen in diesem Sinn weitgehend als nicht zulässig erklären sollten, dann wird es notwendig werden, dem Staat auf alle Fälle den erforderlichen Schutz mit anderen Mitteln zu sichern.

(Zuruf des Abg. Hagen Lorenz)

— Es ist richtig und wir wissen sehr wohl, daß ein solcher Apparat mißbraucht werden kann. Wir wollen hoffen, daß die Aufmerksamkeit dieses Amtes und die dafür zur Verfügung gestellten Mittel nur solchen Angelegenheiten und Vorgängen zugewendet werden, deren Beobachtung und Abwehr für den Staat wirklich notwendig ist. Ich glaube, die Kontrolle bolschewistischer Verbindungslinien wird hierbei wichtiger sein als etwa die Aufsicht über die Bayerische Volksaktion.

(Abg. Dr. Korff: Gibt es die?)

Die **Personalfrage** spielt in dieser Beziehung eine ganz besondere Rolle, und die Regierung muß hier mit besonderer Überlegung zu Werk gehen. Es wird immer wichtig sein, bei Besetzungen in diesem Amt zwischen den Koalitionsfraktionen oder überhaupt zwischen den Landtagsfraktionen ein möglichst zuverlässiges Einvernehmen zu erzielen.

(Zuruf aus der Mitte: Ist das noch nicht da?)

Manch ernste Klippe für die Koalitionsarbeit liegt auf dem Sektor der **Kulturpolitik**. Man kann zwar zu dem Minister durchaus das Vertrauen haben, daß er sorgfältig darauf bedacht sein wird, die Bestimmungen der Verfassung und der Staatsverträge mit der Katholischen Kirche und mit den Evangelischen Kirchen in jeder Beziehung einzuhalten. Das gilt im besonderen bezüglich der **Schularten**, der Konfessionsschule und der Gemeinschaftsschule, sowie der Lehrerbildung. Die **Parität der Konfessionen** war im kulturpolitischen Sektor schon bisher, wie die Zahlen klar erwiesen haben, durchaus gewahrt worden.

(Zuruf von der CSU: Stimmt!)

Es ist anzunehmen, daß in den grundsätzlichen Dingen künftig keine Änderung eintreten wird. Würde das der Fall sein, so gäbe es wohl sehr ernste Diskussionen. Freilich kann man fragen: Wenn im Prinzip alles beim alten bleibt, wofür habt ihr dann die Krot' gefressen oder vielmehr sie nicht gefressen?

(Lachen bei der SPD und bei der BP)

Die Methode allein tut es natürlich nicht. Aber ich betone ganz klar: Wenn in prinzipiellen Fragen nicht alles beim alten bleiben würde, dann würden die neuen Herren auf den Ministerstühlen kaum vier Jahre älter werden.

(Abg. Dr. Korff: Wir wollen vorwärts, Herr Dr. Hundhammer, und nicht beim alten bleiben!)

— Richtig! Aber, Herr Abgeordneter Dr. Korff, oft ist etwas als Fortschritt betrachtet worden, was sich hintennach als Rückschritt oder als Weg zur Katastrophe erwiesen hat.

(Beifall bei der CSU)

In der **Wirtschaftspolitik** haben die Länder die wesentlichen Entscheidungen leider nicht mehr in ihrer Hand. Auf diesem und auf vielen anderen Gebieten hat unsere Regierung einen wesentlichen Einfluß nur über ihre Stimme im Bundesrat in Bonn. Wir erwarten, daß sie von ihren Rechten einen kräftigen Gebrauch macht.

(Zuruf von der BP: Hoffentlich!)

Die **internationale Lage** wirkt sich im besonderen Maß auch auf unser Land aus, ohne daß die Regierung hier den Schwierigkeiten und unerfreulichen Auswirkungen restlos begegnen könnte, wenngleich unser Anschluß an die Weltwirtschaft, das Preisniveau in der Welt und den freien Warenverkehr durchaus noch nicht in jeder Beziehung vollzogen ist.

Ich kann hier nicht auf die vielen Einzelfragen eingehen, welche die Ministerialreferenten sehr fleißig und gewissenhaft für die Regierungserklärung zusammengetragen haben und die der Herr Ministerpräsident in seiner sehr eingehenden Rede berührt hat; aber einige besonders wichtige Fragen muß ich noch erwähnen.

Da steht an erster Stelle unsere **Sorge für die Heimatvertriebenen**, die uns allen besonders am Herzen liegt. Es ist unser Wunsch und sicher

(Dr. Hundhammer [CSU])

das Bemühen aller Fraktionen der Regierungskoalition, auf diesem Sektor alles zu leisten, was das Volk leisten kann. Wir wollen eine Befriedung auf diesem Gebiet. Wir wollen ein Hineinwachsen der Heimatvertriebenen in die Reihen des Volkes und des Staates, wo sie jetzt ihren Platz gefunden haben.

Eine ähnliche Bedeutung kommt der **Sozialpolitik** zu. Hier ist augenblicklich das **Mitbestimmungsrecht** besonders umkämpft. Bayern hat bereits eine gesetzliche Regelung getroffen. Der Streik, der jetzt bevorzustehen scheint — ich hoffe, daß es nur ein Scheinen ist —, wird sich, wie wir annehmen, nicht gegen die in Bayern bereits getroffene Regelung wenden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat in der letzten Zeit zu dieser Frage Ausführungen gebracht, die mir sehr beachtlich erscheinen. Mit Zustimmung des Herrn Präsidenten darf ich die betreffenden Absätze hier verlesen. In der Nummer vom 17. Januar 1951 wurde geschrieben:

„Eine Repräsentativbefragung des Bielefelder Instituts für Markt- und Meinungsforschung bei Arbeitern und Angestellten des Bergbaus und der eisen-schaffenden Industrie ergab, daß rund 61 Prozent der Arbeiter im Bergbau sowie 85 Prozent der Angestellten es nicht für richtig halten, daß die Vorbereitungen

— ich betone: die Vorbereitungen —

für ein Gesetz zur Regelung des Mitbestimmungsrechts von der einen oder anderen Seite durch Druckmittel irgendwelcher Art beeinflußt werden. Rund 80 Prozent der Arbeiter sind sowohl im Bergbau als auch in der eisen-schaffenden Industrie dafür, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Anbetracht der gegenwärtigen Zeitumstände

— ich habe sie heute schon gestreift —

so eng wie möglich zusammenarbeiten und auf friedlichem Weg eine gemeinsame Lösung finden.“

Und in der Nummer 6 vom 20. Januar 1951 ist auf Ausführungen Bezug genommen, die Dr. Grosse auf der Generalversammlung der Industriegewerkschaft Bergbau Ende November gemacht hat. Er erklärte dabei:

„Um ein Mißverständnis auszuschalten, sei hier mit aller Deutlichkeit gesagt, daß der Arbeitsdirektor zwar von den Gewerkschaften vorgeschlagen und auch nicht gegen den Willen der gewerkschaftlichen Mitglieder in den Aufsichtsrat gewählt werden soll, daß er aber dabei von uns keineswegs als der verlängerte Arm der Gewerkschaften im Vorstand der Unternehmungen angesehen wird. Ein modernes Unternehmen — und das gilt für die ganze Mitbestimmung — ist nun einmal auf Unter- und Überordnung aufgebaut. Die Demokratie kann hier weder darin bestehen, daß alle im Betrieb Beteiligten in allen Entscheidungen mitreden wollen, noch darin, daß in die Be-

triebsführung außenstehende Organisationen unmittelbar eingreifen. Die Demokratie, die wir wollen — und es ist das eigentlich die ideale Form der Demokratie auch im politischen Bereich —, kann nur so verwirklicht werden, daß in die Aufsichts- und Leitungsorgane Angehörige oder Vertrauensleute der zuständigen Organisationen delegiert werden. Sind sie einmal in den Organisationen, so haben sie fachlich und sachlich nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, wobei wir voraussetzen, daß sie ihrer gewerkschaftlichen Grundhaltung treu bleiben. Die Demokratie besteht darin, daß diese Männer, die in leitender oder überwachender Stellung stehen, dann nach Ablauf ihrer Zeit vor den Gremien, die sie benannt haben, Rechenschaft abzulegen haben über ihre Tätigkeit und daß diese Gremien dann in der Lage sind, eine andere Besetzung vorzunehmen, wenn ihnen das richtig erscheint. Es kann aber nicht — das muß, um allen Mißverständnissen auf der einen wie auf der anderen Seite klar vorzubeugen, gesagt werden — so gehen, daß diese Männer in den verantwortlichen Positionen ihre Weisungen von außen her erhalten.“

(Lebhafte Zustimmung bei der CSU)

Mit dem letzteren Satz ist, glaube ich, der springende Punkt und das Wesentliche des ganzen Problems berührt. Die Drohung mit einem **Streik** mit seinen zwangsläufig verhängnisvollen Folgen — schon bevor man weiß, welche Stellung das Bundesparlament endgültig zur Frage der Regelung des Mitbestimmungsrechts einnehmen wird — muß im ganzen Lande Sorge erwecken. Die Entscheidung von Parlament und Regierung in dem Maß, wie es jetzt droht, unter den **Druck der Gewerkschaften** zu stellen, bringt den demokratischen Staat unter das Kommando außerparlamentarischer Kräfte. Dadurch wird der heutige Staat und wird die Demokratie überhaupt aus den Angeln gehoben.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Ist man sich dieser Entwicklung mit allen ihren Konsequenzen in vollem Ausmaß bewußt? Hier stehen wir vor der Gefahr einer **staatspolitischen Revolution**.

(Sehr richtig!)

Es ist durchaus verständlich, daß auch die Landwirtschaft jetzt daran geht, das Instrument ihrer Organisation stärker zur Geltung zu bringen. Es ist verständlich, daß auch die übrigen Stände und Gruppen im Volk die Entwicklung mit besonderer Aufmerksamkeit und mit Sorge verfolgen.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Wir dürfen nicht dahin kommen, daß auf diesem Wege große Teile unseres Volkes mit ihrem Einfluß auf das Geschehen im Staate überhaupt beiseite geschoben werden.

(Abg. Dr. Schier: Heimatvertriebene!)

In diesem Zusammenhang, in der Diskussion über eine wesentliche Mitwirkung der Arbeitnehmer im Betriebe, berührt es eigenartig, daß nach Verlaut-

(Dr. Hundhammer [CSU])

barungen, die in den letzten Tagen über das Beamtengesetz erfolgten, die **Beamten** geradezu zu **staatsbürgerlichen Eunuchen** gemacht werden sollen.

(Heiterkeit und Oho-Rufe)

Wenn man den Beamten das Recht nimmt, gewählt zu werden in dem Maße, dann schaltet man damit den Einfluß einer Gruppe auf das öffentliche Geschehen aus, jedenfalls weit mehr, als, wie ich glaube, meine Fraktion das mitmachen könnte.

(Abg. Wimmer: Wer will denn das?)

— Die Militärregierung. Sie kennen ja die Einsprüche.

(Zuruf von der SPD: Die Militärregierung, aber nicht wir!)

— Ich schneide das Thema an, um festzustellen, daß wir im Landtag anderer Meinung sind.

(Zuruf von der SPD: Und einig sind!)

— Und vielleicht sogar einig sind!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir müssen nicht bloß immer über die Dinge reden, bei denen wir uns streiten,

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

wir müssen auch die Dinge herausstellen, in denen wir einer Meinung sind.

(Abg. Bezold: Es sind ja so so wenige! — Zurufe von der SPD)

Wir sollten in den wesentlichen Fragen, die wir wirklich gemeinsam zu lösen in der Lage sind, zunächst zugreifen und dann erst an die Probleme gehen, bei denen die Auffassungen vielleicht schwerer auf einen Nenner zu bringen sind. Darauf kommt es an.

(Abg. Haußleiter: Eine vorsorgliche Kündigung!)

Der Landtag muß aber seine Erwartungen und auch seine Beschlüsse — ich komme damit zur eigentlichen Arbeit im bayerischen Rahmen — auf die **finanzielle Lage des bayerischen Staates** abstellen. Der hierzu einschlägige Teil der Regierungserklärung ist sehr beachtlich. Der Vorschlag einer Ausdehnung der Dienstleistung vom 65. auf das 68. Lebensjahr für solche Beamte, die es wollen — und deren Kreis ist groß, ebenso der Kreis derer, die noch in der Lage sind, ihre Aufgaben voll zu erfüllen — ist sehr erwägenswert. Wenn heute die **Pensionslasten** des bayerischen Staates in ihrer Summe 50 Prozent der Gehälter der aktiven Beamten übersteigen, so ist das ein ungesunder Zustand. Man kann auch die Arbeitslosigkeit nicht etwa auf dem Wege beseitigen, daß man die Beamten, auch soweit sie noch arbeitsfähig und arbeitswillig sind, einfach im großen Ausmaß pensioniert und dafür anderen Leuten die vollen Gehälter zahlt.

(Abg. Haußleiter: Aber die unfähigen! — Abg. Stock: Unfähige gibt es überall!)

Die Großzügigkeit des Bundes und seiner Institutionen im Geldausgeben macht die Länder zu

armen Leuten. Wir wollen aber den bayerischen Staat nicht in Schulden kommen lassen.

(Abg. Stock: Die haben wir doch schon! — Abg. Bezold: Außerordentlich euphemistisch ausgedrückt!)

— Wenn Sie damit die Schulden vergleichen, die in früheren Zeiten auf dem Staat ruhten und im Staatshaushalt verankert waren, dann werden Sie verstehen, was ich mit diesen Ausführungen im Auge hatte.

(Zuruf von der SPD: Aber damals war der Staat noch kreditfähiger!)

Und gerade in dieser Beziehung gehe ich mit dem Finanzminister einig.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten werden vielfach sehr enge Grenzen ziehen bei der Realisierung von Maßnahmen, die uns in der Regierungserklärung dargelegt worden sind bezüglich der wünschenswerten **Sozialpolitik**, der notwendigen **Förderung der Landwirtschaft**, der **Hilfsmaßnahmen für den Mittelstand**, des **Ausbaus des Schulwesens** und der **Beseitigung von Kriegsfolgen** aller Art, Maßnahmen, die sowohl das Volk wie die bayerische Öffentlichkeit sicherlich billigen würden. Der bayerische Staat und die bayerische Regierung haben bisher gerade auf dem Sektor der Sozialpolitik sehr Wesentliches geleistet. Wir haben uns in dieser Woche über einen Rundfunkvortrag stark gewundert, der mit einer erstaunlichen Aggressivität davon gesprochen hat, daß in Bayern 180 000 Versorgungsfälle nicht erledigt seien; der Vortrag hat aber mit keinem Wort angedeutet, daß 800 000 Fälle erledigt oder nahezu erledigt worden sind.

(Beifall bei der CSU. — Zuruf von der CSU: Er hat das nicht gewußt!)

Eine Regierung bilden und regieren sind zweierlei Dinge; so wurde am vergangenen Samstag im Rundfunkkommentar über den Landtag gesagt. Man kann dieser Erklärung noch hinzufügen: Wünschenswerte Maßnahmen zusammenstellen und sie durchführen, das heißt das Geld für ihre Durchführung beibringen, sind sehr verschiedene Dinge.

(Sehr richtig!)

Die CSU-Fraktion und wohl auch der Landtag werden die Regierung bei der Lösung dieser Aufgaben und in ihren Bemühungen nachdrücklich und gerne unterstützen.

(Bravo! bei der CSU)

Die **Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der Koalition** wird besonders bezüglich schwieriger Fragen in einen gewissen Rahmen gebracht durch die schriftlich niedergelegten Koalitionsvereinbarungen und durch die ausführliche Regierungserklärung. Die maßgebenden Instanzen der Parteien, die Mitglieder des Kabinetts und die Koalitionsfraktionen billigen die auf einigen Seiten konzipierten Formulierungen der Vereinbarungen und die ausführliche Regierungserklärung. Wir s

(Dr. Hundhammer [CSU])

uns aber darüber im klaren, daß es auf die Dauer weder auf die Koalitionsvereinbarungen noch auf die mündlich bekanntgegebene Regierungserklärung ankommen wird, sondern auf die **Praxis der Regierungsarbeit**.

(Bravo! bei der SPD)

Auf die Einzelheiten der von den Ministern oder vom Ministerrat getroffenen Entscheidungen, auf ihre Personal- und Sachpolitik, auf die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag kommt es an. Dabei gibt es gewisse Verschiedenheiten und gewisse Schwierigkeiten wegen der großen **Divergenz der Programme** — ich habe das schon erwähnt — der an der Koalition beteiligten Parteien. Es mag sich aber erweisen, daß diese Unterschiede teilweise mehr theoretischer Art sind und sich im konkreten Fall weniger auf die tatsächlichen Auffassungen der Persönlichkeiten auswirken, die am Kabinett beteiligt sind.

(Zuruf des Abg. Wimmer)

Landtag und Fraktionen brauchen aber nicht alles vorbehaltlos zu loben und zu billigen, was die Regierung beschließt und dem Landtag vorschlägt.

(Abg. Dr. Korff: Wieder die Kündigung!)

Auch die Koalitionsfraktionen selber — das gilt für alle — haben in gewissem Sinne das Kabinett zu kontrollieren, nicht nur die Oppositionsparteien. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr von Knoeringen, hat nach Zeitungsberichten auf der Tagung des Landesausschusses der SPD versichert, die SPD werde feurige Kohlen auf den Häuptern ihrer Minister sammeln

(Abg. Bezold: Hoffentlich sind bis dahin noch welche da! — Heiterkeit)

und ihnen schlaflose Nächte bereiten,

(Hört!)

damit das Regierungsprogramm auch durchgeführt werde.

(Abg. Bezold: Hoffentlich gibt es keinen Kohlenstreik!)

Ich kann Sie versichern, die CSU-Fraktion wird ihn dabei unterstützen.

(Heiterkeit und Beifall. — Abg. Hagen Georg:
Da sind wir wieder einig. — Abg. Wimmer:
Auch für Ihre Minister?)

— Das machen wir selber; ich sprach nur von der Unterstützung für Ihre Minister, Herr Abgeordneter Wimmer!

(Heiterkeit)

Die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionsfraktionen darf und wird auch nicht dazu führen, daß **Grundsätzliches** aufgegeben wird. An einer solchen Zumutung müßte die Regierung und müßten insbesondere die an der Regierung beteiligten Parteien bei der nächsten Wahl scheitern. Wir wissen, daß wir einen solchen Verzicht auch den anderen an der Koalition beteiligten Fraktionen nicht zumuten können. Diese Erkenntnis wird vielleicht manche Vereinbarung und manchen Beschluß

erschweren, ein Hindernis, das bei einer Koalition zwischen programmatisch verschieden gerichteten Parteien natürlicherweise sehr viel stärker in Erscheinung treten wird, als es bei Koalitionen zwischen Gruppen der Fall sein würde, deren Programm und Zielsetzung nicht so sehr verschieden sind.

(Zuruf des Abg. Haußleiter)

Ich persönlich freue mich, daß die Regierungserklärung die Beziehungen Bayerns zu **Lindau** und zur **Pfalz** besonders betont hat. In beiden Fällen ist ein von der bayerischen Politik anzustrebendes Ziel herausgestellt, und wir hoffen, daß es recht bald, möglichst noch während der Tätigkeit dieses Landtags und dieser Regierung, gelingen möge, dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen.

(Bravo! bei der CSU)

Ein Wort an die Fraktionen der **Opposition!** Regierung und Regierungsparteien haben Verständnis für Kritik. Die **Kritik** kann manche beachtliche Anregung bringen. Regierung und Regierungsparteien werden auch Verständnis dafür haben, daß die Opposition ihre stärker von der Agitation beeinflussten Anträge nicht so sorgfältig auf ihre Durchführbarkeit und alle ihre Konsequenzen prüfen wird, wie es die Regierungsfaktionen tun müssen. Deswegen braucht man aber, meine ich, noch nicht **Interpellationen am laufenden Band** einzubringen.

(Sehr richtig! — Heiterkeit)

Das dürfte weder dem Ansehen noch der Arbeit des Landtags dienlich sein.

(Sehr gut!)

Außerdem mögen sich die Oppositionsfaktionen immer überlegen, daß eines Tages vielleicht auch sie in die Lage kommen können, verantwortlich an der Regierungsarbeit teilnehmen zu müssen.

(Abg. Dr. Keller: Hört, hört!)

Würde eine Opposition nicht auch von diesem Gesichtspunkt mit getragen sein, wäre sie unverantwortlich.

Die Regierung will eine **Regierung der sachlichen Arbeit** und keine Regierung der Versprechungen sein. Eine Regierung der Versprechungen — das ist in der Regierungserklärung gesagt worden — braucht sie gar nicht zu sein, und eine solche Regierung will der Landtag auch nicht. Sie braucht nur zu erfüllen, was die sehr umfangreiche Regierungserklärung auf allen in Frage kommenden Gebieten an Lösungen in Aussicht gestellt hat. Die CSU-Fraktion wird alles tun, um der Regierung diese Lösungen ermöglichen zu helfen.

(Abg. von Knoeringen: Bravo!)

Die Fraktion der CSU erklärt sich von der Verlautbarung des Regierungsprogramms befriedigt. Wir hoffen, daß auch die Regierungsarbeit zufriedenstellen wird.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Waldemar von Knoeringen.

Von Knoeringen (SPD): Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat am 9. Januar 1951 die Regierungserklärung für sein Koalitions-kabinet abgegeben. In diesem Kabinet ist die Sozialdemokratische Partei mit drei Ministern und drei Staatssekretären vertreten. Zum ersten Mal beteiligt sich meine Partei an einer Regierung, die nicht wie 1918 und 1946 aus den Trümmern eines nationalistischen Zusammenbruchs und aus der Not des Augenblicks hervorgegangen ist, sondern diese Regierung entspringt dem **Willen des Volkes**, wie er durch die **Wahlen vom 26. November 1950** zum Ausdruck kam. Die Christlich-Soziale Union hatte bei der Regierungsbildung eine politische Schlüsselstellung. Nachdem sich die theoretisch mögliche, praktisch aber sehr bedenkliche Lösung der sogenannten kleinen Koalition als nicht realisierbar erwies, konnte nur eine Regierung in Frage kommen, die sich in erster Linie auf CSU und SPD stützt. Meine Partei anerkannte die ihr zukommende Verpflichtung und hat sich an einer solchen Regierung beteiligt. Für uns ist das keine Notlösung, sondern der Vollzug einer unausweichlichen politischen Verpflichtung.

In den Gesprächen, die wir mit den beiden übrigen Parteien geführt haben, konnte eine Verständigung über ein **praktisches Arbeitsprogramm** erzielt werden. Alle wesentlichen Gesichtspunkte dieses Arbeitsprogramms hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung behandelt, so daß ich namens meiner Fraktion die Erklärung abgeben kann, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion geschlossen hinter der ganzen Regierung, nicht nur hinter dem Herrn Ministerpräsidenten

(Lauter Beifall links)

steht und bereit ist, dieser Regierung zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Dieser Erfolg der Regierung wird um so größer sein, je besser die Opposition in diesem Hohen Hause ihre Verpflichtung erfüllt und bereit ist, durch sachliche Kritik, positive Ideen und brauchbare Vorschläge im Interesse unseres bayerischen Volkes mitzuarbeiten.

(Abg. Stock: Sehr gut!)

Die Sozialdemokratie anerkennt die Formel, auf die auch der Sprecher der CSU-Fraktion bereits hingewiesen hat: daß **Regierungsmehrheit und Opposition** einander ergänzende und nicht ausschließende Funktionen haben. Meine Fraktion hat in den vergangenen Jahren aus dieser Erkenntnis heraus ihre Oppositionsstellung bezogen. Sie wird als eine für die Regierung mitverantwortliche Partei dieselben Grundsätze zu achten wissen. Die Beteiligung der Partei an der Regierung heißt jedoch nicht, daß die sozialdemokratische Fraktion damit jede Maßnahme der Regierung kritiklos billigt. Auch sie wird sich zu bemühen haben, wachsam die Arbeit der Minister zu verfolgen und die Wirkung der Regierungstätigkeit durch kritische und positive Mitarbeit zu erhöhen.

Regierungserklärungen sind Visitenkarten. Nicht immer aber läßt sich aus der Visitenkarte auf den Charakter einer Persönlichkeit schließen.

(Sehr gut!)

Es wird einiger Monate bedürfen, um feststellen zu können, ob die Regierung in der Lage ist, den in ihrer Erklärung gegebenen Richtlinien zu folgen. Wir jedenfalls wünschen von ganzem Herzen, daß ihr das gelingen möge. Aber auch der kritischste Vertreter der Opposition in diesem Hohen Haus kann der Erklärung des Ministerpräsidenten eines nicht absprechen: daß sie sehr viel guten Willen zeigt und den Schwierigkeiten unserer Lage nicht auszuweichen versucht.

Welches ist die Aufgabe dieser Regierung? Und was verlangt das Volk von ihr? Wir sind uns klar darüber, daß diese Regierung nicht das Programm einer Partei zu verwirklichen hat, sondern nur das, was diese Parteien gemeinsam als ihr Arbeitsprogramm in dieser Regierung aufgestellt haben. Eine **Koalitionsregierung** ist notwendigerweise ein **Kompromiß**. Das Wort Kompromiß hat allenthalben bei uns in Deutschland einen etwas unangenehmen Beigeschmack — fälschlicherweise; denn das ganze menschliche Leben besteht aus Kompromissen.

(Abg. Wimmer: Sehr richtig!)

Es kommt dabei entscheidend nur darauf an, daß die Kompromisse vernünftig sind und mit den Grundsätzen und Zielen in Einklang stehen, die wir uns zu eigen gemacht haben. Ich pflichte durchaus dem bei, was der Sprecher der CSU-Fraktion in diesem Zusammenhang für seine Fraktion gesagt hat.

Es ist aber ein Satz in der Regierungserklärung, den ich gewissermaßen als **Motto** voranstellen möchte, nämlich der sehr beachtliche Satz: „Ein soziales Zeitalter erfordert soziale Regierungen.“ Wenn diese Regierung erfüllt ist von jener ehrlichen Hingabe an die **großen sozialen Fragen unserer Zeit**, wie sie das selbst fordert, so wird sie, dessen sind wir sicher, eine Regierung des Volkes sein. Sie hat damit bereits das Prinzip ihres Programms umrissen. Wir anerkennen gerne, daß dieses Prinzip in allen wesentlichen Teilen der Regierungserklärung festzustellen ist. Die immer wieder betonte Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs, die besondere Hervorhebung der Heimatvertriebenen, der Kriegsgeschädigten, der Sozialrentner und anderer sozial schwer kämpfender Gruppen unseres Volkes macht deutlich, daß sich die Regierung sehr wohl der menschlichen und staatspolitischen Aufgabe bewußt ist, die aus ihrer sozialen Verpflichtung erwächst.

Meine Damen und Herren! Es sei mir daher gestattet, nur einige der Maßnahmen herauszugreifen, die wir in dieser Erklärung besonders unterstreichen möchten. Zunächst sei auf die möglichst **beschleunigte Erledigung der Rentenanträge** verwiesen, wobei ich gerne hinzufüge, daß auch bisher mit Energie an der Erledigung dieses ungeheuren Problems gearbeitet wurde. Wenn wir aber feststellen, daß 200 000 noch unerledigte Rentenanträge vorliegen — man stelle sich vor, welche Auswirkung das auf die Betroffenen hat! — so, glaube ich, müssen wir von der Regierung erwarten, daß sie ihre Anstrengungen in dieser Richtung noch erhöht und, soweit das irgend möglich ist, die Versorgungseinrichtungen und vor allem die

(von Knoeringen [SPD])

Kammern, die dafür in Frage kommen, erweitert. Dazu wird auch der Landtag die notwendigen Geldmittel beschaffen müssen. Es ist dringend notwendig, daß der Arbeitsminister ein starkes Maß von Energie darauf verwendet, den Geschädigten volles Recht zukommen zu lassen. Die Regierung wird auch in Zukunft darauf bedacht sein müssen, alle Gelegenheiten wahrzunehmen, um vor allem die Arbeitsplätze der Schwerbeschädigten zu erhalten und die Arbeitslosenziffer der Schwerbeschädigten durch großzügige Förderung zu verringern.

Die **Berufsberatung** und die **Arbeitsvermittlung für Schwerbeschädigte** müßten nach unserer Meinung noch ausgebaut werden. Die Organisation der **Fürsorgestellen für Schwerbeschädigte** müßte ebenfalls eine Verbesserung erfahren.

Wenn auch die Hauptentscheidungen der Sozialpolitik heute auf der Bundesebene getroffen werden, so kommt doch der Verwaltung und damit der **Durchführung der Bundesgesetze** größte Bedeutung zu. Wir sind überzeugt: Ein Mann wie Staatsminister Dr. Oechsle kann uns die Garantie dafür bieten, daß auf dem Gebiet der Arbeitsverwaltung nichts unversucht bleibt, was zur Besserung der sozialen Verhältnisse von der bayerischen Ebene aus zu tun möglich ist.

(Sehr gut! bei der SPD)

Schwer ist die Hypothek, die diese Regierung mit den fast 500 000 Arbeitslosen in Bayern zu übernehmen hat. Die Politik der **Überwindung der Arbeitslosigkeit** durch Wirtschaftslenkung und -planung kann leider von Bayern aus nicht entscheidend beeinflußt werden, trotz all der Arbeitsbeschaffungsprogramme, die die Regierung entwickeln wird. Die Kritik, die wir in diesem Zusammenhang an der **Wirtschaftspolitik** der Bundesregierung auch im verflossenen bayerischen Landtag immer wieder geübt haben, halten wir voll aufrecht. Was wir auf dem Gebiet in den letzten Monaten durch die Auswirkung einer unverantwortlich weit getriebenen freien Wirtschaft — ich nenne nur Zucker, Kohle und Stahl — erleben mußten, zeigt, daß schon aus Gründen der Vernunft alles getan werden muß, um durch **lenkende Maßnahmen** die vorauszu sehenden Schwierigkeiten zumindest abzumildern, wenn man schon infolge der weltpolitischen Situation nicht in der Lage ist, sie vollständig zu beseitigen.

Wenn nunmehr, in einer Periode der wachsenden Produktion, die Arbeitslosenzahlen alarmierend ansteigen und wenn die Überwindung der Arbeitslosigkeit sich auf die Industriegebiete — vor allem der Ruhr — beschränkt, während bei uns die Arbeitslosenziffern täglich emporschnellen, so kann auch der Nichtfachmann erkennen, daß in dieser freien Marktordnung etwas nicht in Ordnung ist.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wer heute ein Lebensmittelgeschäft betritt, muß feststellen, daß es kaum einen Artikel — meine Frau sagt, überhaupt keinen — gibt, der in den letzten Wochen nicht wiederum teurer geworden wäre. **Hortung, ungerechtfertigte Preisaufschläge**

und **übersteigerte Zwischengewinne** sind die Erscheinungen des Tages. Während man in demokratischen Ländern der durch die Weltgeschehnisse verursachten Preissteigerung entgegenzuwirken versucht, wenn wir lesen können, daß dort die Preise „eingefroren“ werden — oder was man sonst mit ihnen macht —, so stellen wir bei uns fest, daß sie sich munter nach dem freien **Gesetz des Profits** weiterentwickeln.

Meine Partei hat zu dieser Frage eine eigene Interpellation — es ist nur eine von den sieben — vorbereitet, und wir werden uns bei Gelegenheit ihrer Behandlung in diesem Hause noch ausführlich dazu äußern.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten huldigen keinem Dogma und wir sind keine Romantiker; wir wollen dem Menschen dienen! Aber wir bejahen die Notwendigkeit der Erforschung aller ökonomischen und sozialen Vorgänge nicht um ihrer selbst willen, sondern zu dem Zweck, unsere Gesellschaftsordnung mit Vernunft zu leiten, zu ordnen und nach den Prinzipien einer **sozialen Gerechtigkeit** zu gestalten.

(Richtig! bei der SPD)

Eine wirkliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist allerdings nur von der Bundesebene her zu erreichen. Die bayerische Regierung hat, wie ich schon erwähnte, in aner kennenswerter Weise sofort versucht, aktiv durch die Aufstellung eines **Arbeitsbeschaffungsprogramms** ihren guten Willen zu beweisen. Aber das wird nur in den Grenzen möglich sein, die ihr gesteckt sind. Besonders aber wird es erforderlich sein, durch weitblickende Maßnahmen die **Eingliederung der Heimatvertriebenen voranzutreiben**. Ich möchte hier ganz objektiv feststellen, daß sich die verflossene Regierung in Bayern zweifellos sehr bemüht hat, auf diesem Gebiet zu arbeiten, wenn wir auch zu betonen haben, daß nach unserer Meinung etwas mehr System in die **Steuerung der Kreditgebung** kommen müßte. Gerade die Heimatvertriebenen haben hier die große Last der Arbeitslosigkeit zu tragen. Wie in der Vergangenheit werden wir auch in der Zukunft alles tun, um der Flüchtlingsverwaltung die Durchführung ihrer besonderen Aufgaben zu ermöglichen. Wir sind aber der Meinung, daß die Eingliederung der Vertriebenen, der Kriegsgeschädigten und Heimkehrer in das normale Leben nur dann wirklich gelingen kann, wenn die Gesamtpolitik der Regierung und besonders auch die Politik der Bundesregierung darauf eingestellt ist.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Dazu gehört eben eine **zielbewußte Lenkung der Wirtschaft**. Die Vertriebenen haben überall, wo ihnen und ihrem Fleiß eine Chance gegeben war, bewiesen, daß sie ein Positivum des Aufbaues sind.

(Bravo! bei der SPD)

Schon aus diesem Grund ist es falsch, die Vertriebenen und sozial Geschädigten als nicht gleichwertige Bürger zu behandeln. Das Bekenntnis der Regierung, daß es bei uns in Bayern nur eine Art von Staatsbürgern geben kann, betrachten wir als eine Verpflichtung, und wir wollen hoffen, daß sie

(von Knoeringen [SPD])

durch unsere gemeinsamen Anstrengungen bald erfüllt wird.

(Beifall beim BHE — Bravo! bei der SPD)

Die **Jugendhilfe**, die **Kriegsopferversorgung** und die **Durchführung des Betriebsrätegesetzes** hat die Regierung als ihre besonderen Aufgaben erklärt. Ich bedauere, in diesem Zusammenhang erneut sagen zu müssen, daß das Betriebsrätegesetz leider nicht dem entspricht, was wir uns von ihm erwartet haben und was eine wirklich soziale Gesinnung und die Notwendigkeit unserer Zeit erfordern.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier nicht in die Beantwortung gewisser Auffassungen des Fraktionsführers der CSU auf dem Gebiet des **Mitbestimmungsrechts** eintreten; denn ich glaube, die Durchführung des Mitbestimmungsrechts ist nicht Aufgabe der bayerischen Regierung und dieses Landtags.

(Abg. Hagen Lorenz: Ist in der Regierungserklärung gar nicht angesprochen! — Abg.

Bezold: Das haben wir gemerkt!)

Sie ist vielmehr Aufgabe des Parlaments des gesamten westdeutschen Bundes, und die diesbezüglichen politischen Auseinandersetzungen sind damit auf die höhere Ebene des Bundes gerückt worden.

Nur das eine möchte ich hiezu noch sagen: Wir leben in einer neuen sozialen Ära und müssen erkennen, daß bei der Schaffung des Produkts und der Werte die **Arbeitskraft** ebenfalls ein Mittel zur Produktion ist und daß, wenn schon die Rohstoffe in ihren Werten in die Kalkulation der Produktion eingesetzt werden,

(Sehr gut! bei der SPD)

die Arbeitskraft nicht nur in der Form von Lohnzahlen erscheinen darf, sondern, wie wir fordern, auch in der Gestalt von Menschen und ihren Interessen erscheinen muß.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BHE)

Um die Lösung dieser großen Frage wird auf der Bundesebene gerungen und sie wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, bis nicht die **Sozialpartner**, wie man so schön sagt, gemeinsam eine Form der Zusammenarbeit gefunden haben, die dem **sozialen Geist** unserer Zeit und der **Menschlichkeit** entspricht.

(Bravo! bei der SPD)

Nachdem in den letzten Jahren der konstitutionelle Ausbau der von der Verfassung gezeichneten Formen auf den Trümmern des dritten Reichs im wesentlichen vollendet werden konnte, muß es nun die erste Aufgabe sein, die Form mit einem unserem demokratischen, modernen sozialen Denken entsprechenden Inhalt zu erfüllen. Daher interessiert uns auf dem Gebiet der **inneren Verwaltung** vor allem die rasche Verabschiedung der **Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung**, die, wie wir erfahren, bereits in das letzte Stadium treten sollen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Regierung das Ziel der Verabschiedung dieser Ordnungen noch vor den Gemeindewahlen im Herbst dieses Jahres

erreichen will. Wir haben als Volk den **Weg vom Untertan zum Staatsbürger** noch nicht voll zurückgelegt und es wird unserer gemeinsamen Anstrengung bedürfen, den Weg zu vollenden. Die **Demokratisierung der Verwaltung**, zu der die Gemeindeordnung ein neuer Schritt sein wird, muß daher von der Regierung mit Entschlossenheit vorangetrieben werden. Die Sozialdemokratie hat zur Lösung dieser Frage für das Amt des Innenministers die stärkste Persönlichkeit vorgeschlagen, die sie auf dem Gebiete des Verwaltungs- und des Staatsrechts besitzt. Die Erfahrungen, die **Dr. Hoegner** mitbringt, und seine in vielen Prüfungen bewährte sozialdemokratische Gesinnung sind für uns die beste Gewähr dafür, daß ein freier Wind auch in der inneren Verwaltung spürbar wird.

(Bravorufe bei der SPD)

Des weiteren bitten wir die Regierung besonders, dem **Aufbau und Ausbau der Polizei** zu einem wirklichen Instrument der Sicherheit dieses Staates volles Augenmerk zu schenken. Es geht nicht an, daß es heute noch Polizeibeamte gibt, die noch nicht einmal den Unterschied zwischen Parlament und Regierung kennen und die außer ihren polizeidienstlichen Vorschriften vom Wesen der Demokratie und des Volksstaates kaum eine Ahnung haben. Die staatsbürgerliche Bildung unserer Polizei und ihre demokratische Grundhaltung muß ein Hauptanliegen der Regierung sein, besonders in diesen bewegten Zeiten.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wir wollen nicht haben, daß die Polizei wieder zum **Instrument reaktionärer Politik** werden kann und sich für Aktionen mißbrauchen läßt, die gegen den Geist der Verfassung verstoßen. Wer die Tage von 1933 miterlebt hat, als die Schupo Gewehr bei Fuß zusah, wie das hart erarbeitete Eigentum der demokratischen Gewerkschaften geraubt und ihr ganzes Vermögen mit nacktem Gewaltstreich eingezogen wurde, wie ihre Rechte mit Füßen getreten wurden, der weiß, daß es eine Lebensfrage der freien Arbeiterorganisation ist, sich um den **Geist der Polizei** zu kümmern. Um so mehr muß auch eine demokratische Regierung darauf achten, daß eine Polizei das Vertrauen aller demokratischen Kräfte des Landes besitzt.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Wir erwarten daher mit Interesse die angekündigten drei Gesetze zum Aufbau der Polizei und hoffen, daß aus ihnen wirklich ein demokratischer Geist zu uns spricht.

Für einen demokratischen Staat ist es auch notwendig, sich gegen seine Feinde zu schützen. Das wird vor allem die Aufgabe unserer **Justiz** mit sein müssen. Wir anerkennen die Unabhängigkeit der Richter; aber wir wollen, daß es **Richter im demokratischen Geiste** sind.

(Zurufe von der SPD: Sehr gut! Sehr richtig!)

Auch die Frage ist ernster Überlegung wert, inwieweit durch eine entschiedene Gesetzgebung der **strafrechtliche Schutz unserer Verfassung** und der demokratischen Einrichtungen verstärkt werden kann.

(von Knoeringen [SPD])

Meine Damen und Herren! Mit Genugtuung konnten wir feststellen, daß die Regierung eine **sparsame Verwaltung** fordert. Die bisher bekannt gewordenen Maßnahmen lassen hoffen, daß in der bayerischen Verwaltung zumindest der energische Versuch gemacht wird, die **Überbürokratisierung** zu bekämpfen und Vernunft an die Stelle von überlebten und verstaubten bürokratischen Maßnahmen treten zu lassen. Wir sind uns darüber klar, daß die Vereinfachung der Verwaltung ein sehr schwieriges und auf lange Zeit berechnetes Arbeitsprogramm der Regierung erfordert. Wir wissen auch, daß nicht der bloße Abbau bereits ein Fortschritt ist, wenn er nicht sinnvoll erfolgt und aus dem **organischen Aufbau der Verwaltung** entspringt.

In diesem Zusammenhang müssen wir eine Maßnahme der Regierung besonders kritisch beurteilen, von der gesprochen wird, nämlich eine **allenfalsige Heraufsetzung der Altersgrenze bei Beamten** auf 68 Jahre. Hier bin ich kritischer als Sie, Herr Dr. Hundhammer! Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob eine solche Maßnahme tatsächlich eine ins Gewicht fallende Einsparung bedeuten würde. Jedenfalls muß vermieden werden, daß den jüngeren Kräften damit der Aufstieg versperrt wird.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die SPD ist im übrigen der Auffassung, daß wir von unserer Beamtenschaft volle Leistungen erwarten, daß aber auf der anderen Seite auch die **Rechte der Beamten** wie die Rechte eines jeden Berufs von uns voll geachtet werden müssen.

(Zuruf von der BP: Auch von der Besatzungsmacht!)

Hier möchten wir die Regierung besonders auf die Kritik hinweisen, die, nach unserer Meinung teilweise mit Recht, am **Landespersonalamt** und dessen Entschließungen geübt worden ist. Über die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung sind die Meinungen sehr geteilt.

Die **bayerischen Finanzen** boten zum Jahreswechsel kein erfreuliches Bild; die Regierungserklärung hat uns damit nicht verschont. Meine Partei hat diese Frage mit großer Verantwortung beim Eintritt in die Koalition geprüft. Sie hat sich entschlossen, die Verantwortung im Finanzministerium zu übernehmen, weil sie der Meinung ist, daß gerade hier eine für die gesamte Regierung sehr wesentliche Frage entschieden wird und ein Mißerfolg des Finanzministers nicht ein Mißerfolg nur dieser Persönlichkeit und der hinter ihm stehenden Partei, sondern des ganzen Kabinetts und der ganzen Koalition wäre. Daher mußte nach unserer Ansicht die **Finanzpolitik** in ihren Richtlinien Gegenstand der Beratung der gesamten Regierung sein. Fragen der Finanzpolitik sind nach unserem Dafürhalten bisher zu sehr im Hintergrund gehalten worden. Vielfach glaubte man, über diese Probleme möglichst wenig sprechen zu sollen, weil damit unter Umständen eine Schädigung des Ansehens des bayerischen Staates verbunden wäre.

Wir sind anderer Ansicht. Wir meinen, daß Klarheit über unsere finanzielle Situation das beste Mittel ist, die Opferbereitschaft und die verantwortliche Mitarbeit weiter Kreise des Volkes zu gewinnen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Eine **geordnete Finanzwirtschaft** des Staates ist die Grundlage für die vielen Leistungen, die heute auf dem finanziellen Sektor von uns getragen werden müssen. Ich bin der Meinung, daß die Sorgen unseres Finanzministers nicht so groß wären, wenn jeder Bürger seine Steuern ehrlich bezahlen würde.

(Abg. Wimmer: Sehr richtig!)

Den Lohnempfängern zieht man die Steuern am Einkommen ab; sie sind damit zwangsläufig steuerehrlich. Wenn wir jedoch hören, daß in der Bundesrepublik seit der Währungsreform 25 Milliarden Mark investiert worden sind, und wenn wir wissen, wie falsch diese Kapitalien verschiedentlich gelenkt wurden, so fragen wir uns, ob alles geschehen ist, um auch in der freien Wirtschaft dem Staat zu sichern, was dem Staat gehört.

(Beifall bei der SPD)

Scharfe Maßnahmen zur Eintreibung der Steuern sind daher nicht nur berechtigt, sondern dringend erforderlich.

(Abg. Kraus: Es kommt darauf an, welche Maßnahmen!)

— Es kommt darauf an, welche Maßnahmen: nämlich diejenigen, die die Richtigen treffen! Das sind dann die richtigen Maßnahmen. Wir erwarten, daß sich der bayerische Finanzminister mit aller Energie dieser Aufgabe widmet und daß vor allem auf der Bundesebene versucht wird, entscheidende Maßnahmen einzuleiten. Eine sich dem Sozialen verpflichtet fühlende Regierung muß entschlossen sein, dem Egoismus und der Raffsucht einzelner Kreise mit allen Mitteln entgegenzuwirken und ihr Verhalten vor dem ganzen Volke bloßzustellen. **Dr. Zorn**, den wir als Finanzminister gewonnen haben, ist nicht nur ein guter Sozialdemokrat; er ist Finanzfachmann, er ist ein Mann der Wirtschaft und der Verwaltung und, um ängstliche Gemüter zu beruhigen, er ist ein Bayer, der aus einem alten bayerischen Geschlecht stammt.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Die **Landwirtschaft** wird auch in den nächsten Jahren ein großes Sorgenkind sein. Seien wir uns in diesem Hohen Hause darüber klar, daß ihre Probleme mit kleinen Mitteln nicht gelöst werden können! Die entscheidenden Mittel aber stehen uns als Land Bayern nicht zur Verfügung. Ohne eine zielbewußte **Agrarpolitik des Bundes** werden wir daher aus den Schwierigkeiten hier in Bayern nicht herauskommen können. Es muß aller Einfluß im Bund, besonders bei der Bundesregierung, geltend gemacht werden, damit zwischen den agrarischen und den industriellen Gebieten des Bundes ein vernünftiger Ausgleich geschaffen wird. Die SPD hat den Problemen der Landwirtschaft, wie sie durch ihre Arbeit in der letzten Periode des Landtag

(von Knoeringen [SPD])

wiesen hat, immer vollstes Verständnis entgegengebracht. Sie hat sich besonders für die Verbesserung der **Berufsausbildung** und der **landwirtschaftlichen Produktion** eingesetzt. Wenn sie in das Landwirtschaftsministerium einen Staatssekretär entsandt hat, so hat sie damit auch zum Ausdruck gebracht, daß sie das Verhältnis von Erzeuger und Verbraucher in fortschrittlichem Sinne behandeln will. Eines liegt uns besonders am Herzen: daß zwischen leistungsfähigen, rationellen Groß- und Mittelbetrieben einerseits und der Masse der **Kleinbauern und Häusler** andererseits Unterscheidungen in der Bewertung und in der Belastung gemacht werden müssen.

(Sehr richtig! links)

Nicht weniger wichtig ist uns, der zunehmenden **Landflucht** entgegenzuwirken, nicht durch Maßnahmen des Zwangs, sondern durch eine **Arbeitsmarktpolitik**, die es dem Arbeiter auf dem Lande zweckmäßig erscheinen läßt, dort zu verbleiben. Die **landwirtschaftliche Arbeiterschaft** hat den Wunsch, als gleichwertig mit der Arbeiterschaft der Industrie und des Handwerks anerkannt zu werden. Dazu gehört die Möglichkeit, Lehrling, Geselle und Meister in diesem Beruf zu sein und nach erfolgter Ausbildung als Facharbeiter anerkannt, gewertet und bezahlt zu werden. Wenn wir unsere Landwirtschaft nicht in den Stand setzen, solche Lohnleistungen zu vollziehen, werden wir der Landflucht nicht entscheidend begegnen können. Daher hängen diese Probleme zusammen und können nicht von einem Zipfel her aufgerollt werden. Somit ist die Landflucht nur zu überwinden, wenn die agrarpolitischen Probleme im gesamten einer Lösung zugeführt werden, das heißt, wenn eine leistungsfähige Landwirtschaft geschaffen wird. Dazu gehört aber auch, daß die Landwirtschaft in die Gesamtplanung der Produktion und der Wirtschaft eingegliedert wird. Heute ist faktisch Industrieplanung die entscheidende Planung. Wir glauben aber, daß es notwendig ist, die Landwirtschaft organisch in das Ganze einzubauen. Wir sind auch der Meinung, daß vor allem die vorteilhaftere **genossenschaftliche Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse** erreicht werden muß. Im übrigen aber hat unseres Erachtens in Bayern die Landwirtschaft, die ja die Bedeutung des Wesens der Planung vielleicht eher als manche anderen Wirtschaftskreise entdeckt hat, im Rahmen des **Landesentwicklungsplans** entscheidend mitzuwirken.

Seit Jahren hat die Sozialdemokratische Partei in diesem Hohen Haus eine stärkere Beachtung der Landesplanung und die Aufstellung eines Landesentwicklungsplans gefordert. Wenn bisher geltend gemacht werden konnte, dazu bestünden noch nicht alle Voraussetzungen, weil die Verwaltung erst im Aufbau begriffen sei, so sind wir, glaube ich, heute in der Situation, daß diese Frage nunmehr brennend geworden ist. Der Aufbau der bayerischen Wirtschaft und die Eingliederung der Heimatvertriebenen kann nicht dem Profitgesetz von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben. Hier muß

eine lenkende Hand eingreifen, um das für das Gesamtwohl des Volkes Entscheidende in den Vordergrund zu stellen. Die Erklärung der Staatsregierung in dieser Frage erhöht unsere Zuversicht, daß es ihr gelingen wird, vor allem die **hohe strukturelle Arbeitslosigkeit** in Bayern durch solche Maßnahmen herabzudrücken.

Von verschiedenen Seiten wurde der Vorschlag gemacht, ein neues Ministerium für Fragen des Wiederaufbaus und der Landesplanung zu schaffen. Der Verfassungsausschuß hat sich erst vor einigen Tagen mit dieser Frage beschäftigt. Auch meine Fraktion ist vor vier Jahren, als die Flüchtlingsbetreuung noch dominierend im Vordergrund stand, mit der Forderung nach einem besonderen Flüchtlings- und Aufbauministerium hervorgetreten. Genaue Studien in den letzten Jahren, besonders in der Frage der Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus, haben uns, als wir das Problem einmal bis in alle Einzelheiten energisch durcharbeiteten, zu der Auffassung gebracht, daß die Schaffung eines Sonderministeriums, wenn es den Aufbau erfolgreich lenken soll, faktisch zu einem **Mammutministerium** führen müßte. Denn zum Aufbau gehört heute beinahe alles, was eine Regierung tut. Nichts aber ist in einer Verwaltung bedenklicher, als ein Ministerium mit Aufgaben auszustatten, wenn man ihm nicht auch die notwendigen Kompetenzen und die notwendige Autorität zur Durchführung dieser Aufgaben geben kann.

Die vom Bayerischen Aufbaurat gemachten Vorschläge zur Schaffung einer **Landesplanungsgemeinschaft** sollten von der Regierung verwertet werden. Die Regierung müßte in kürzester Frist den **Entwurf eines Landesplanungsgesetzes** vorlegen, der anders aussieht als der bisher dem Wirtschaftsausschuß oder dem Wohnungsbauausschuß vorgelegte. Im übrigen sind wir der Meinung, daß die Richtlinien für den Aufbau nicht von einem Ministerium, sondern vom Ministerpräsidenten beziehungsweise vom ganzen Kabinett gegeben werden müssen. Kein einzelnes Ministerium kann diese Aufgabe befriedigend lösen. Die ganze Regierung muß ein Aufbauministerium sein.

(Sehr gut! bei der SPD)

Das bedeutet jedoch nicht, daß die **Notwendigkeit einer besseren Koordinierung** der am Aufbau besonders beteiligten Ministerien übersehen wird. Hier könnte in der Tat manches vereinfacht werden. Die Verwirklichung der guten Vorsätze, die die bisherige Regierung nach verschiedenen Befragungen angekündigt hat, ist leider unterblieben. Das gilt besonders für den interministeriellen Planungsausschuß, der zwar besteht, aber seine wirkliche Funktion nicht voll ausgefüllt hat. Es ist ja nicht so, daß wir auf diesem Gebiet Neuland betreten. Viele Erfahrungen, vor allem im sogenannten kapitalistischen Amerika, liegen uns nach dieser Richtung vor. Um allen Erörterungen über Kompetenzen aus dem Wege zu gehen und einen raschen Beginn der Arbeit zu sichern, halten wir es für richtig, daß der Herr Ministerpräsident einen Kreis von ersten Fachleuten des Landes beruft,

(von Knoeringen [SPD])

eine Art **wissenschaftlichen Beirat**, der natürlich nicht nur aus Professoren, sondern auch aus Praktikern der Wirtschaft und der Landwirtschaft bestehen muß, und ihm die Aufgabe überträgt, den Rahmen für einen Landesentwicklungsplan festzulegen. Ich sagte schon: Kapazitäten der Industrie, der Landwirtschaft, der Energieversorgung, des Verkehrs, der Finanzen, des Arbeitseinsatzes und der Verwaltung müssen hier einen Kreis bilden, nicht um Beamte zu werden, sondern zum Zwecke der Erfüllung einer befristeten Aufgabe. Diese Männer werden dann nach Erledigung dieser Aufgabe wieder in ihre beruflichen Stellungen zurückkehren. Ihr Auftrag ist daher nur, die Ministerien für eine bestimmte Zeit zu unterstützen. Diese Arbeiten und Pläne bilden dann die Grundlage für die Arbeiten der Landesplanung und der Landesplanungsgemeinschaften und auch für eine Diskussion innerhalb des Kabinetts und in diesem Hohen Haus. Vor wenigen Wochen wurde von der Flüchtlingsverwaltung der sogenannte **Sonne-Plan** vorgelegt. Er entstand daraus, daß ein Mr. Sonne aus Amerika kam, hinter dem die Schatten amerikanischer Dollars winkten. Dieser Mr. Sonne hat gefragt: Was könnt ihr tun, um die Heimatvertriebenen in eure Wirtschaft einzugliedern? Die zuständigen Verwaltungsabteilungen haben sich ernsthaft mit diesen Fragen beschäftigt und sie beantwortet. Ich glaube, daß dieser Sonne-Plan, obwohl er nur aus einem Teilgebiet des Problems kommt, in die Richtung weist, in der wir arbeiten müssen. Es geht wohl nicht an, daß die verschiedenen Abteilungen in den Ministerien oder jedes Ministerium für sich einen besonderen Plan ausarbeiten. Ich glaube, daß dazu die vorherige ernste wissenschaftliche Arbeit von Männern erforderlich ist, die das Gesamtgebiet auf Grund ihrer Lebenserfahrungen zu überschauen imstande sind.

In Hessen ist man dabei, einen sogenannten Hessenplan für die Entwicklung des Landes zu schaffen. Wir brauchen einen **Bayernplan**, einen Bayernplan, der viel weiter geht als der, den man in Hessen geschaffen hat. Auch die Hessen haben nur aus dem Druck und der Not heraus, in die sie durch das Problem der Heimatvertriebenen geraten sind, diese Frage angeschnitten. Wir müssen eine Vorstellung von der Entwicklung unseres Landes im gesamten ökonomischen Rahmen haben.

In diesem Zusammenhang steht für uns als Fraktion auch die **Frage des sozialen Wohnungsbaues** selbstverständlich wieder im Vordergrund. Was die Regierungserklärung darüber sagt, ist wenig aufschlußreich. Wir hoffen, daß die erste Gelegenheit dazu benützt wird, um dem Hohen Haus ein genaues Bild über den Stand des sozialen Wohnungsbaues und vor allem darüber zu vermitteln, welche Maßnahmen für die Weiterführung der Arbeiten getroffen sind. Wir sind der Meinung, daß genau wie bisher dieses Problem alle Kräfte des Landes in einem gemeinsamen Streben vereinigen muß und daß bei dem Problem des sozialen Wohnungsbaues die Frage der Regierungskoalition oder der Opposition keine Rolle spielen darf.

(Sehr gut!)

Sozialer Wohnungsbau ist Gesamtpolitik des ganzen bayerischen Volkes, ist Kulturpolitik im besten Sinne.

Die **Kulturpolitik** im besonderen hat uns im letzten Wahlkampf sehr stark beschäftigt; sie hat auch bei der Regierungsbildung eine bedeutende Rolle gespielt. Jetzt, wo so viele Aufgaben des Staates auf den Bund übergegangen sind, tritt gerade die Kulturpolitik im Rahmen des Landes wieder stark in den Vordergrund. Was die Regierung dazu erklärt hat, gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß in Zukunft **religiöse Toleranz und konfessioneller Friede** erhalten bleiben.

Der bedeutende Satz in der Regierungserklärung, daß die **Schule** dem sozialen Ausgleich dienen soll, atmet den Geist einer neuen Zeit. Ebenso beachtlich finden wir den Satz, daß die kulturellen Zustände in weitem Umfang der Ausdruck der gesellschaftlichen Zustände einer Zeit und eines Volkes sind.

(Sehr richtig!)

Auch wir sind in der Tat der Meinung, daß die Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse und die **Schaffung einer Ordnung der sozialen Gerechtigkeit** die beste Grundlage für die **kulturelle Entwicklung** unseres Volkes ist. Die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, unermüdlich dafür zu kämpfen. Für jeden, der sich zu den Prinzipien der Freiheit, der Demokratie, des Menschentums und des Christentums bekennt, ist es selbstverständlich, daß wir dabei nur auf den Grundlagen unserer bisherigen Kultur weiterbauen können.

Meine Damen und Herren! Wir durchleben eine revolutionäre Umwälzung aller Verhältnisse unserer Zeit. Wir leben in einer **Krise des modernen Menschen**. Niemand von uns kann sagen, wie sie sich gestalten wird. Wir wissen nur, daß neue Formen des Lebens erzwungen werden und daß es mit den Vorstellungen von gestern nicht möglich ist, die Probleme der Zeit zu meistern.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Was wir erstreben müssen, ist die Vermeidung eines Bruches zwischen gestern und morgen.

(Dr. Korff: Richtig!)

Das ist die Aufgabe dieser Generation, die unserer Meinung nach zwischen den Zeiten lebt. Das, was sich in den Jahrhunderten an höchsten Werten unserer Kultur gebildet hat, muß in eine Zeit jenseits der Kriege, jenseits der Nationalismen und jenseits des Völkerrasses hinübergetragen werden. Unser Versagen gegenüber den drohenden Ideen des Kollektivismus und der nackten Gewalt, die uns vom Osten her gegenübertreten, wäre das Ende unserer Kultur und unserer ganzen europäischen Geisteswelt.

(Abg. Stock: Sehr gut!)

Es gibt kein Europa unter der Herrschaft kommunistischer Diktatur.

(Allgemeine lebhafteste Zustimmung)

(von Knoeringen [SPD])

Wir werden aber nur bestehen, wenn wir neben der sozialen auch die **geistige Krise** überwinden. Das Bewußtsein unseres Volkes dafür reif zu machen, ist die Aufgabe der Erziehung und der Bildung, also der Schule; es muß eine freie, es muß eine moderne, und es muß eine weise Erziehung sein. Die verantwortlichen Männer im Kultusministerium mögen sicher sein, daß wir die Größe ihrer Aufgabe erkennen und daß wir die Schwierigkeiten ermessen können, die sie bei der **Schaffung neuer Erziehungsformen** zu überwinden haben.

Wenn aber die Regierungserklärung davon spricht, daß die **Schulreform** noch nicht vollends durchgeführt ist, so sind wir darüber etwas bestürzt; denn wir haben bisher von einer „noch nicht vollen Durchführung der Schulreform“ wenig bemerkt. Wir sind der Meinung, daß wir in dieser Frage erst am Anfang stehen,

(Sehr richtig! bei der SPD)

und daß es vieler Arbeit, daß es der gemeinsamen Arbeit aller in diesem Volke bedarf, um die Schulreform zu einem wirklichen Erfolg unseres Volkes zu gestalten.

Die Regierung will besonders die **Erwachsenenbildung** fördern, ein Bemühen, bei dem sie die volle Unterstützung meiner Fraktion finden wird. Wie sehr wir auch für die berufliche Ausbildung unserer Jugend eintreten, haben wir durch die Vorlage eines eigenen Berufsschulgesetzes zum Ausdruck gebracht. Wir freuen uns, daß die Regierung nunmehr endlich einen **Berufsschulgesetzentwurf** dem Landtag unterbreitet.

Nicht ganz klar erscheinen uns die Vorstellungen der Regierung bezüglich der **Lehrerbildung**. Die Lehrerbildung liegt uns deshalb besonders am Herzen, weil wir der Überzeugung sind, daß der Lehrer das höchste Gut überantwortet erhält, das wir haben: nämlich unsere Zukunft.

(Sehr richtig!)

Der Lehrerberuf ist nicht irgendein Beruf; er ist der verantwortlichste Beruf, den wir kennen. Es muß daher die höchste Sorge des ganzen Volkes sein, daß unsere Lehrer die beste Ausbildung erfahren, die wir ihnen als Volk überhaupt zuteil werden lassen können,

(Abg. Op den Orth: Sehr gut!)

also auch auf der Hochschulebene und im Rahmen der Universität. Gerade der Lehrer muß einen umfassenden Blick haben; gerade er muß tolerant sein und vor allen Dingen: er muß Mensch sein. Dieses Verlangen kann mit einer Erziehung zum Christentum und zum religiösen Bekenntnis nicht im Gegensatz stehen. Es sichert aber die Heranbildung unserer Jugend zu den Ideen, die uns als Europäern, als Demokraten und als Menschen allen gemeinsam sind, welchem religiösen Bekenntnis auch der einzelne zugehören mag.

Die Sozialdemokratie wird daher in Zukunft alle Fragen der Kulturpolitik mit höchster Sorgfalt betrachten. Ich bin überzeugt, daß es ihr gelingen wird, alle Zweifelnden von ihrem guten Willen zu

überzeugen, die so gern in ihr eine Feindin des Christentums und allen religiösen Gefühls sehen möchten.

Meine Damen und Herren! Die **Bayernpartei** steht in Opposition zu dieser Regierung. Der Herr Fraktionsvorsitzende, Dr. Baumgartner, hat in seiner Neujahrsbotschaft scharfe Angriffe gegen den unbayerischen Charakter und die unbayerische Politik dieser Regierung erhoben. Andere wieder sehen in der Sozialdemokratie einen Fremdkörper und in der Tatsache ihrer Beteiligung an der Regierung eine große Gefahr für Bayern und für den ganzen Bestand unserer Kultur.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratie ist 1868 in München gegründet worden. Sie hat schon einen langen Bart,

(Zurufe und Heiterkeit)

einen langen Bart, der in Bayern gewachsen ist.

(Beifall)

Sie hat zweimal in der politischen Entwicklung Deutschlands und Bayerns entscheidend mitgeholfen, aus den Trümmern nationalistischer Politik einen neuen Staat aufzubauen. Sie ist auch aus der sozialen Geschichte Deutschlands nicht mehr wegzudenken. Sie ist den Versuchungen der Macht niemals erlegen und sie ist heute und war immer die meistgehaßte Gegnerin aller Systeme der Diktatur und der Unmenschlichkeit.

(Sehr gut! Sehr richtig! bei der SPD)

Sie hat auch in Bayern viele Männer hervorgebracht, die in ihrem Können, in ihrer Liebe zur Heimat und in ihrer Arbeit für das Volk sich weit über Parteigrenzen hinaus Achtung erworben haben.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ich nenne nur Namen wie Georg von Vollmar, Hans Vogel, Grillenberger, Hoffmann, Johannes Timm, Erhard Auer und Albert Roßhaupter: bayerische Männer im Dienste unseres Volkes!

Wir Sozialdemokraten lieben unsere Heimat genau so wie irgendwer, der nicht unserer Partei angehört. Wir lieben unser Volk, aber wir wissen auch, daß das Bayern von heute ein anderes ist als das Bayern um die Jahrhundertwende und daß wir die soziale Krise unserer Tage meistern müssen, wenn etwas von dem bleiben soll, was wir an Bayern so sehr lieben.

(Sehr gut!)

Es kann uns daher nicht helfen, starr nach rückwärts zu schauen. Mit den Mitteln der Gegenwart müssen wir die Zukunft meistern.

Ich glaube also, unsere Kritiker werden sich, wenn sie sich selbst gegenüber ehrlich sind, eingestehen müssen, daß diese Regierung dem entspricht, was heute von dem überwiegenden Teil unseres bayerischen Volkes gewünscht wird. Die echten angestammten und im Lande geborenen Bayern haben in ihr das Übergewicht.

(Lachen bei der BP)

(von Knoeringen [SPD])

Es wäre lächerlich, diese Männer verdächtigen zu wollen, daß sie nicht ihr Bestes für unsere bayerische Heimat erstreben. Wir unterstützen sie darin, besonders wenn es gilt, im Interesse der Allgemeinheit und der Demokratie die besonderen Rechte der Länder zu vertreten, wie sie das Grundgesetz festlegt.

Aber, meine Damen und Herren, es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß in Bayern nicht nur geborene Bayern leben, und daher haben auch die anderen Mitbürger ein Recht, mit in der Regierung vertreten zu sein, wo ihre Interessen entschieden werden. Wir danken es gerade dieser bayerischen Regierung, daß sie den eindeutigen Satz ausgesprochen hat: „Die bayerische Regierung wird sich an Bundestreue von keinem anderen deutschen Land übertreffen lassen.“

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen es deshalb, weil eine vielleicht manchmal unverständene und unrealistische Separatpolitik in Bayern im übrigen Deutschland als schlechthin bayerischer Standpunkt bezeichnet wird.

(Zuruf: Leider!)

Wir wissen, daß unser Land keine Zukunft hat, wenn es nicht sein Schicksal mit dem des gesamten deutschen Volkes untrennbar verbindet.

(Beifall bei der SPD und beim BHE)

Als letzte Frage möchte ich einen Gegenstand behandeln, der in der Regierungserklärung leider nicht erwähnt ist, von dem ich aber glaube, daß er für das Gelingen von großer Bedeutung ist. Ich meine die **Verbindung der Regierung zum Volk und die Verbindung vom Volk zur Regierung**. Hier müssen neue Formen der Demokratie gefunden werden. Die Diktatur wählt als Mittel die Propaganda, die Gewalt und die Angst. Der demokratische Staat muß das **Mittel der Überzeugung** wählen, die Diskussion und die freie Aussprache. Obwohl wir eine freie Presse und ein Parlament haben und überall öffentliche Diskussionen abgehalten werden können, fehlt es in großen Teilen unseres Volkes noch immer an der Bereitschaft, Fragen der Regierungspolitik und des Parlaments als Fragen des eigenen Schicksals und Interesses zu betrachten.

(Sehr gut! bei der SPD)

Es entsteht immer wieder die Gefahr, daß die Regierung, in ihrer Arbeit aufgehend, sich von den im Volk aufkommenden Problemen zu weit entfernt und andererseits das Volk die Schwierigkeiten unterschätzt, die einer ernsten und aufbauenden Politik heute entgegenstehen. Die erste **Pressekonferenz der Regierung** war ein Schritt in der von uns gewünschten Richtung, war hoffentlich nur ein **erster** Schritt. Wir erwarten, daß das publizistische Organ der Staatsregierung, die „Bayerische Staatszeitung“, sich nicht in geradezu wissenschaftlicher Neutralität neben die Regierung stellt, sondern daß sie ein wirksames Sprachrohr ihrer Ideen und ihrer Arbeit wird.

(Sehr gut!)

Wir hoffen, daß auch der **Bayerische Rundfunk** als Mittler zwischen Volk und Parlament und zwischen Volk und Regierung noch stärker als bisher in Erscheinung tritt. Wir anerkennen die Überparteilichkeit des Rundfunks, aber wir glauben zugleich, daß es die Aufgabe dieser Institution ist, sich ständig zu bemühen, das Bewußtsein der demokratischen Mitverantwortung in unserm Volk zu stärken und die Achtung vor demokratischen Einrichtungen zu erhöhen, nicht sie herabzumindern.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Die Mitglieder der Regierung werden es als ihre besondere Verpflichtung ansehen müssen, möglichst oft in **Verbindung mit den Stillen im Lande** zu kommen und über ihre Probleme zu sprechen. Die Popularität der Regierung wird ein Teil ihres Erfolges sein.

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Anfang eines Weges. Eine Regierung hat ihre Arbeit begonnen. Sie hat alle Voraussetzungen an persönlichen Qualitäten, Erfahrung und parlamentarischer Unterstützung, die einer starken Regierung zu wünschen sind. Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, ihre ganze Kraft als Mitglied der Koalition für den Erfolg dieser Regierung einzusetzen, das heißt für die Verwirklichung der im Regierungsprogramm aufgezeichneten Ziele. Sie ist entschlossen, an dieser Regierung teilzuhaben, vier Jahre und keinen Tag weniger.

(Beifall bei der SPD. Zuruf: Wie lange?)

— Vier Jahre, keinen Tag weniger! Sie ist entschlossen, zu arbeiten, zum Wohl unseres Volkes, zum Segen unserer bayerischen Heimat und zum Nutzen unseres ganzen deutschen Vaterlandes!

(Lebhafter Beifall, vor allem bei der SPD)

Vizepräsident Hagen: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Etzel das Wort.

Dr. Etzel (BP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wäre naheliegend, verlockend und verständlich, wenn die Bayernpartei im Angesicht dessen, was in Bayern letztlich geschah, schweigen und sich in die Proszeniumsloge des Theaters — ich sage nicht, daß das hier Theater sei, und bitte den Herrn Präsidenten, den Pfeil eines Ordnungsrufs im Köcher zu behalten — zurückziehen wollte, um von da aus mit verschränkten Armen, wenn auch nicht mit Schadenfreude, zu beobachten und zu verfolgen, wie die Koalition im eigenen Saft geschmort und garm gemacht wird. Aber die Verpflichtung gegenüber unseren Wählern, die Rücksichtnahme auf die Öffentlichkeit und die Verantwortung vor der Geschichte veranlassen uns, einige Anmerkungen zu der Regierungserklärung zu machen.

Wir wissen, wie ein solches Pronunziamento zustande kommt. Wir haben Verständnis dafür, daß die einzelnen Büros bei solchen solennen Anlässen aus ihren Stein- oder Holzbaukasten, beileibe nicht Bröselkasten, die oft ein hohes Alter aufweisenden Sachgegenstände hervorziehen und ausbreiten. Aber schließlich ist ein Kabinett keine tibetanische Gebetsmühle und ein Ministerpräsident kein

(Dr. Etzel [BP])

Muezzin, der von seinem Minarett aus die Suren seines Korans mit meisterhafter Monotonie kündigt.

(Heiterkeit)

Wir hätten gewünscht, daß die Summe der in der **Regierungserklärung** aneinandergereihten Einzelgegenstände in einen größeren Zusammenhang gebracht und in die Wölbung des politischen Rundhorizonts gestellt worden wäre. Das ist nicht geschehen. So vermissen wir, abgesehen von dem gelegentlichen fragmentarischen Hinweis auf den inneren und äußeren Frieden, eine Stellungnahme zu den **Schicksalsfragen der Wiederaufrüstung und der deutschen Einheit**, nicht einer zentralistischen Einheit, wie ich sofort hinzufügen möchte, sondern einer föderalistischen. Mit der jüngsten hessischen Regierungserklärung ist immerhin der Versuch solcher größerer Aspekte unternommen worden. Der Zinn kann das und der Zinnkann kann es auch.

Der etwaige Einwand, daß die auswärtige Politik nach den Artikeln 73 und 87 des Bonner Grundgesetzes in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes falle, wäre unberechtigt. Der Bund hat nur die ausschließliche Gesetzgebung über auswärtige Angelegenheiten und die bundeseigene Verwaltung des auswärtigen Dienstes, aber nicht das ausschließende Monopol der Außenpolitik. Die **Länder** als Mitgliedstaaten, nicht als Gliedstaaten des Bundes sind **keine Provinzen**, keine Vasallen und keine Hintersassen des Bundes, sondern seine Träger. Ihre Staatlichkeit ergibt sich nicht nur aus der Entstehungsgeschichte des Bundes und aus den Artikeln 30, 70 und 83 des Grundgesetzes, sondern auch aus den Bestimmungen der Artikel 32, 123 und 130 über die Staatsverträge. Ihre Einwirkung auf die Politik des Bundes braucht sich also keineswegs auf den Bundesrat zu beschränken, sie haben vielmehr das Recht und die Pflicht zu einer solchen Einwirkung auch in ihren Parlamenten.

In der Regierungserklärung ist ferner eine wertende Rückschau auf die während der vergangenen 16 Monate mit dem Bund gemachten Erfahrungen und ein Resümee darüber unterblieben, ob die nach Bonn führende Politik richtig gewesen ist.

Da die Regierungserklärung diese wichtigen Komplexe außer acht läßt, darf ich mir erlauben, einige Bemerkungen hierüber nachzuholen.

Die Regierungserklärung behauptet in der Einleitung: „Nach der gegebenen Sachlage und nach der Haltung der in Frage kommenden Parteien stellt die zustande gekommene Koalition die einzige Möglichkeit dar, eine wirklich tragfähige Regierungsmehrheit im Landtag herzustellen.“ Dieser Satz enthält eine Anspielung auf die schon vorher versuchte Klitterung des wahren Sachverhalts, als ob an der **Haltung der Bayernpartei** jene andere, die sogenannte kleine Koalition, gescheitert wäre.

(Zuruf: Das stimmt auch!)

Ich darf dazu mit aller Entschiedenheit folgendes feststellen. Die Bayernpartei hat sich nicht zur Regierung gedrängt. Sie ist nicht unglücklich darüber, daß sie nicht Mitglied einer Koalition ist. Sie

erkennt das Recht der Koalitionsbereitschaft und der Koalitionsbeteiligung selbstverständlich jeder Partei, die in diesem Hohen Hause vertreten ist, zu. Sie hat sich aber trotz des vorausgegangenen, gegen sie unter Assistenz eines großen Teiles der bayernfremden Presse in Szene gesetzten Kesseltreibens bereit erklärt, mit in die Verantwortung zu gehen, wenn der Ruf an sie gerichtet werden sollte. Ich verstehe, daß die beharrenden Kräfte des politischen Feldes und Lebens eine neu aufkommende Bewegung sehr ungern sehen. Ich gebe auch zu, daß von einer solchen neuen und jungen Bewegung Äußerungen fallen können, die mißverständlich, die — auch das kommt vor — unbedacht sind. Wo werden solche Fehler nicht gemacht? Was aber alles mißdeutet, entstellt, verzerrt, geflissentlich mißverstanden worden ist, das überschreitet das Maß dessen, was im allgemeinen beim Aufkommen einer solchen Bewegung als zulässig erachtet werden kann. Selbst das Petrefakt von der Blutschande, von der „Bluats-Schande“ ist noch am Leben, obwohl in dieser Beziehung doch die Klarstellung erfolgt ist, daß es sich hier um einen oberbayerischen Superlativ handelt, und obwohl mein Parteifreund Dr. Fischbacher bis zur Erschöpfung erklärt hat, daß er sich nicht blutsverwandt mit den Preußen fühlt.

(Starker Beifall bei der BP. — Heiterkeit.)

Den Gipfel haben jene zwei **Wahlplakate** erreicht, deren eines die Bayernpartei als Zerstörerinnen der Wirtschaft und der Religion und Empfängerinnen von Geldern des politischen und wirtschaftlichen Preußentums darstellte, während sie auf dem anderen zusammen mit der SPD und KPD als Kircheneinreißerinnen dargestellt ist.

(Pfui-Rufe bei der BP. — Abg. Dr. Baumgartner: Ein Kulturskandal! — Heiterkeit)

Nun, inzwischen hat sich die eine der kircheneinreißenden Parteien, die ballonmützenschmückte SPD, in trauter Mischehe mit der kirchenerhaltenden CSU zusammengetan!

(Sehr gut! bei der BP)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Weihnachtsansprache etwas von einem Volk der Brüder und der Schwestern gesprochen, und ich muß sagen, daß mich dieses Wort aufs wärmste angerührt hat. Ich muß aber alle Kreise, die es angeht, dringend bitten, die Worte „christlich“ und „abendländisch“ nicht mehr in den Mund zu nehmen, solange die verruchte Schamlosigkeit solcher Pamphletplakate möglich ist.

(Sehr richtig! — bei der BP)

Die gegenwärtige Koalition war gewollt von dem Herrn Ministerpräsidenten als Landesvorsitzendem der CSU und seinem Kreis, aber auch von anderen Kräften, die zur Durchführung ihrer politischen Pläne, die deutsche Bundesrepublik zu gewinnen, bemüht sind, überall im Bund wie in seinen Einzelstaaten Regierungen und Koalitionen gleichzuschalten — ein politisches Bemühen, das wir zur Kenntnis nehmen, zu dem wir Stellung nehmen und das wir, sofern es auch aus der Mitte des innerdeutschen politischen Kräfteverhältnisses kommt, nicht unbedingt verurteilen.

(Dr. Etzel [BP])

Ich habe schon gesagt: Jede Partei hat das Recht, mit einer anderen zu koalieren. Es ist nur die Frage, ob eine derartige Ehe überhaupt bestehen kann und ob eine solche Koalition nicht zur Zerstörung der Grundlagen der einen oder der anderen Partei und damit zur Vernichtung ihrer Existenz führt. Natürlich ist die heimat-treue Bayernpartei, die ihre eigenen und unverzichtbaren Grundgedanken und Programme besitzt, an denen sie festhält und es ablehnt, Fremdenführer zu sein, gerade in den zuletzt genannten Kreisen nicht erwünscht.

(Zuruf aus der Mitte: Man verdient aber gut daran!)

Ich möchte schon in diesem Zusammenhang die Sozialdemokratische Partei in Bayern warnen, im Letzten einer Politik zuzustimmen, die nichts anderes bedeuten würde als die Wiederholung der Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1914 und die unweigerlich zu einer neuen, alles vernichtenden Katastrophe führen muß.

(Abg. Zietsch: Wir danken für die Sorge! — Heiterkeit)

Die Regierungserklärung sagt weiter:

„Bayern stark zu erhalten und immer stärker darin zu machen, daß es als wirkende und stützende Kraft Deutschland in seiner Not beistehen und helfen kann, ist der Sinn dessen, was wir als bayerische Politik verstehen.“

(Abg. Dr. Korff: Spiegel-Ausschuß!)

Aber wie die CSU ist auch der andere Koalitionspartner unfrei. Er ist zentralistisch. An der Leine liegt doch Herr Waldemar, an der Leine!

(Große Heiterkeit. — Ironisches Bravo! bei der SPD)

Ich glaube nicht, daß eine Aufforderung an ihn, umzukehren und in die politische und bayerische Freiheit zu entspringen — unter Zurücklassung seiner Leine in Hannover natürlich —,

(Erneute große Heiterkeit)

Erfolg haben würde. Ich befürchte, daß bei ihm wesentliche Voraussetzungen zu einem solchen Damaskus fehlen. Herr von Knoeringen sagt: Die SPD wird vier ganze Jahre, nicht einen Tag weniger, in dieser Koalition verbleiben und dafür sorgen, daß nichts in Gesetzgebung und Verwaltung geschieht, was mit wesentlichen Grundsätzen seiner Partei unvereinbar wäre! Ich bewundere die fröhliche, unbekümmerte Zuversicht, mit der er an sein tausendjähriges Reich glaubt.

(Heiterkeit. — Abg. Dr. Korff: Vier Jahre!)

— Es hat schon einmal einer gesagt: Gebt mir vier Jahre Zeit!

(Erregte Zurufe von der SPD, unter anderem: Sie waren doch dabei! Unverschämtheit! — Abg. Dr. Baumgartner: Er war nicht dabei! — Glocke des Präsidenten)

Ich darf feststellen, daß niemand von meiner Fraktion die Ausführungen der beiden Vorredner unterbrochen hat.

(Erregte Zurufe bei der SPD. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten)

Ich staune über das unerschütterliche Vertrauen, mit dem Herr von Knoeringen einer vierjährigen Pause, einer vierjährigen Gnadenfrist der Eruption des internationalen Vulkans entgegensieht.

Und was den anderen Punkt anlangt: Ist hier nicht schon am vergangenen Donnerstag im Haushaltsausschuß bei den Beratungen über den Lastenausgleich ein recht netter Ausrutsch erfolgt?

(Sehr richtig! bei der BP)

Ich gebrauche eine Wendung des Herrn Kollegen von Knoeringen, der höchst irrtümlich schon den Eintritt von Persönlichkeiten der Bayernpartei in das zentralistische Kabinett des Herrn Dr. Adenauer als Gegenzug gegen Ihren Ausrutsch in Bayern voraussieht.

Die Bayernpartei war von Anfang an gegen die Bonner Gründung, in der sie einen Akt der Separation, die Ursache einer Verstärkung und Verschärfung der Elbelinie, den Anlaß zur Errichtung der ostzonalen Republik, zur Abtrennung von 16½ Millionen evangelischer und über 2 Millionen katholischer Christen und zu einer unvermeidlichen Entfremdung zwischen dem deutschen Westen und dem deutschen Osten sah. Sie erblickte in ihr aber auch die drohende Gefahr einer erneuten Einbeziehung wesentlicher Teile Deutschlands in die internationale Machtpolitik. Ursprünglich wollten ja auch die **beauftragten Ministerpräsidenten** statt eines westlichen Bundesstaates nur einen **administrativen Zweckverband**, und der Parlamentarische Rat sollte demzufolge ursprünglich nur ein **Verwaltungsstatut der Trizone** ausarbeiten. Die Ministerpräsidenten legten bei der Behandlung des Frankfurter Dokuments Nr. I besonderen Wert darauf, daß bei der beabsichtigten Neuregelung alles vermieden werde, was die **Kluft zwischen dem Westen und dem Osten** vertiefen könnte. Diese Haltung kam in ihren **Koblenzer Gegenvorschlägen** und der dazugehörigen Mantelnote mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Es ist tief zu bedauern und eine betrübliche Fehlentwicklung der Geschichte, daß die Ministerpräsidenten von dieser ursprünglichen Linie abgewichen sind und weiterhin an der sich zum Zentralstaat entwickelnden Bundesrepublik Geschmack gefunden haben. Wie sie zu einer solchen Änderung ihrer anfänglichen grundsätzlichen Stellungnahme kamen, darüber haben wir unsere eigenen Gedanken und unsere eigene Kenntnis. Ich sehe davon ab, darauf im einzelnen einzugehen.

Die Bayernpartei, schon durch jenes unter Patenschaft Dr. Adenauers aufgestellte Zehnpunkteprogramm Arnold—Katzenberger vom Januar 1948 stützig gemacht, wandte sich sehr bald gegen die erneut drohende **zentralistische Entwicklung**. Sie wollte die auf bündischer Grundlage aufgebaute, unter internationaler Neutralitätsgarantie stehende **Gesamtlösung** Deutschland und lehnte ihre Verhinderung oder mindestens wesentliche Er-

(Dr. Etzel [BP])

schwerung durch eine Teillösung ab. Sie stand und steht auf dem Standpunkt, daß nach der geschichtlichen Lehre nur eine auf freiwillige und gleichberechtigte Partnerschaft der beteiligten deutschen Länder gegründete **Föderation** in Betracht gezogen werden könne und daß dieser Neubau nicht über den Kopf der Bevölkerung hinweg erfolgen dürfe. Der im sozialen Bereich gewonnene und gemeinsam anerkannte große Gedanke der gleichberechtigten Partnerschaft muß auch im politischen Bezirk seine Geltung haben.

Der **Bonner Bund** ist das **Geschöpf des Besatzungsrechts**, also des **Befehls des Siegers**. Die Einbeziehung Bayerns ist entgegen den Bestimmungen der Artikel 75 und 180 seiner Verfassung erfolgt. Artikel 180 bot keine ausreichende Ermächtigung zur Einführung des Bonner Grundgesetzes in Bayern. Das Volk hatte nichts mit der Errichtung der Bundesrepublik zu tun. Die darauf bezügliche Stelle der **Präambel des Grundgesetzes** — ich glaube, Kollege Haußleiter wird mir zustimmen —

(Heiterkeit und Zuruf: Das hat noch gefehlt!)

ist unrichtig und unzutreffend. Sie ist eine Unwahrheit, soweit sie feststellt, das deutsche Volk habe dieses Grundgesetz beschlossen. Unsere deutsche und unsere internationale Lage wären weniger gefährvoll, wenn die deutsche Politik den Einflüssen und Zumutungen der Sieger beharrlicher Widerstand geleistet hätte. So stehen wir vor der Drohung der „Ewigen Wiederkehr des Gleichen“. Was nützen alle Fortschritte der Forschung, der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und der Technik, was fruchten alle auf kulturelle Hebung der Menschen gerichteten Bemühungen der Erzieher, was nützen uns die Ergebnisse einer unermüdlichen Arbeit, was die Werke des schöpferischen Ingeniums eines Volkes, wenn immer wieder alle paar Jahrzehnte die Früchte einer solchen fleißigen Arbeit und großer Begabung in dem Abgrund einer aus politischer Unvernunft hervorgegangenen Katastrophe verschlungen werden?

(Zuruf: Adolf Hitler! — Abg. Wimmer: Das hätte man früher lernen sollen! — Weitere lebhaftes Zurufe, unter anderem: mea culpa, mea maxima culpa!)

Daher auch unsere ablehnende Haltung in der Frage des **Beitritts zum Europarat**. Wir haben diesen Beitritt nicht bloß wegen Versagung der deutschen Gleichberechtigung in ihm, wegen der britischen, der skandinavischen und in letzter Zeit auch der holländischen Distanzierung zu ihm und der Ohnmacht der beratenden Versammlung gegenüber dem Ministerrat abgelehnt, sondern vor allem auch deswegen, weil wir der Meinung sind, daß alles vermieden werden muß, was die Kluft zwischen den beiden Deutschland verbreitern oder vertiefen kann.

Ich darf hier nicht verschweigen, daß der Herr **Ministerpräsident** selbst ein eifriger Verfechter des Gedankens der Errichtung der westdeutschen Bundesrepublik gewesen ist. Wie gern hätten wir

es gesehen, wenn er die Rolle eines großen staatsmännischen Föderalisten gespielt hätte! Aber wir begreifen, daß es schwer ist, über den eigenen Schatten zu springen, und daß es leichter ist, die innere Umkehr zu überspringen. Heute stehen wir mitten in einer —

(Zurufe von der SPD. — Abg. Kiene: Das hätten Sie schon 1933 wissen müssen!)

— Sie scheinen der Meinung zu sein, daß ich 1933 auf einer anderen Seite gestanden habe, als Sie wahrscheinlich gestanden haben.

(Sehr gut! bei der BP. — Abg. Dr. Baumgartner: Und Regierungsmitglieder gestanden haben!)

Ich kann Ihnen das in einem Privatissimum sagen; ich lehne es ab, auf einen solchen Zwischenruf hier einzugehen, stehe aber dem Zwischenrufer sehr gerne zur Verfügung, um ihn persönlich aufzuklären.

(Zuruf von der SPD: Sehr verständlich!)

Heute stehen wir mitten in einer **bestürzenden Entwicklung zum Zentralismus**, einer Entwicklung, deren starke Triebkräfte nicht zuletzt in der **Bonner Ministerialbürokratie** liegen, die sich seinerzeit von Berlin abgesetzt, sich im Naturschutzpark der britischen Zone gesammelt, dann geschlossen den Abmarsch nach Frankfurt angetreten hat und nun nach Bonn zurückzukehren sich anschickt. Daher haben wir uns auch für verpflichtet gehalten, am letzten Montag unsere Interpellation über die Abwehr des Abbaus der föderalistischen Elemente und Grundlagen des Bonner Grundgesetzes einzubringen, bei deren Begründung noch weiteres auszuführen sein wird. Wir legen Wert darauf, den Weg der Interpellation nur für solche Gegenstände zu beschreiten, die in ihrer Bedeutung eine Interpellation rechtfertigen und deren Dringlichkeit eine möglichst beschleunigte Behandlung erforderlich macht.

(Abg. Kraus: Kommen diese Interpellationen nicht alle zu spät?)

Ich weiß nicht, Herr Ministerpräsident, ob Sie in stillen Begegnungen mit sich selbst nicht manchmal nach der Formel suchen, die die Geister, an deren Losbindung Sie selbst beteiligt waren, wieder zurückrufen und in Bann schlagen könnte.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: O nein!)

Daher wirkt die Proklamierung der **Sendung Bayerns in Deutschland** peinlich. Es ist kaum zu erwarten, daß Ihr politisches Credo ein tragendes Fundament und eine wirkende Kraft für eine solche große Aufgabe bilden könnte. Der **Föderalismus als Ausdruck und Verwirklichung eines moralischen und politischen Naturrechts** wird auch von den Gesellschafts- und Staatslehren der beiden christlichen Kirchen vertreten.

(Zuruf des Abg. Bezold)

Wir befinden uns also, wenn wir ihn verteidigen, in bester Gesellschaft. Wir möchten nicht, daß die Meinung, die ein Schweizer Blatt vor einiger Zeit zum Ausdruck brachte, zu Recht besteht, als wäre die Schöpferkraft, deren es zur Wiederbeschwörung

(Dr. Etzel [BP])

einer verschütteten Tradition bedürfe, in Deutschland erschöpft, einer Tradition, die nichts anderes ist als die Grundlage des Föderalismus, der in Bayern bodenständig, autochthon, eingeboren ist und hier nicht erst synthetisch zustande gebracht werden muß. Er ist das **Klima**, er ist das **Lebens-element des bayerischen Landes** und der bayerischen Gesamtheit.

(Sehr richtig! bei der BP)

Eine andere Schweizer Zeitung schrieb vor einiger Zeit,

„...daß die Vergötzung der formalstaatlichen Einheitsvorstellungen, die kritiklose Überschätzung formaler Einheitsformen, wie sie sich bei dem Durchschnittsdeutschen in seinen staatspolitischen Vorstellungen eingenistet zu haben scheint, eine zentralistische Lösung von vornherein als die bessere, stärkere, ehrenvollere und deshalb nationalgesinntere ansehen muß als jede Kräftigung einzelstaatlicher Selbständigkeit. Der Zentralist gilt als ehrenvoller Patriot, der Föderalist muß sich ständig gegen die Verdächtigung opportunistischer Auslandsknechtschaft oder gar einer kleingläubigen partikularistischen Eigensucht wehren. Das führt zu dem paradoxen Ergebnis, daß sich die Verfechter zentralistischer Staatsgestaltung als trotzige Vorkämpfer wahrer nationaler Freiheit ausgeben können, während sie in Wirklichkeit nur Sklaven der Vergangenheit sind,

(Sehr richtig! bei der BP)

und zwar einer kurzen, zuletzt nicht einmal glorreichen Vergangenheit, und in ihrer staatsmännischen Urteilskraft so unfrei als möglich. Diese Denkart des Zentralisten ist der Ausdruck eines Mangels an politischer Phantasie. Er kann sich ein nationales Eigenleben nur in straffer Befehls-, Finanz- und Kommandogewalt, nicht in freier Zusammenarbeit der Interessengemeinschaft der Gliedstaaten unter einer von diesen her aufgebauten Autorität vorstellen. Nicht eine gesunde, klug abgewogene Gliederung, sondern straffe Kommandomacht und lückenlose Befehlsgewalt, die bis zum letzten Aborthäuschen durchgreifen kann.“

(Sehr gut! bei der BP. — Abg. Bezold:
Beweis Amerika!)

Wir wollen eine solche Entwicklung nicht, weil wir auch der Auffassung sind, daß — abgesehen von der notwendig drohenden Einbeziehung eines zentralen Staates im deutschen Lebensraum in die Geschäfte der internationalen Machtpolitik — ein solches **zentralistisches Staatswesen die günstigste Voraussetzung für die Wiederkunft des Diktators** bildet, der von den ihm zur Verfügung stehenden zentralistischen Mitteln einen totalitären Gebrauch zu machen wissen wird.

(Zuruf des Abg. Kiene)

Am Schluß der Regierungserklärung macht das Herz des Herrn Ministerpräsidenten — nachdem er schon eingangs voll froher Hoffnung erklärt hatte, die Regierung werde guten Mutes an die Arbeit gehen — einen temperamentvollen Sprung. Es jubelt: „All das trägt dazu bei, unser Herz für unser Bayernland höher schlagen zu lassen.“ Unter „all das“ versteht die Regierung die angebliche Tatsache, daß das Wort „Besatzung“ in fortschreitendem Maße einen Klang unendlich viel freundlicheren Gepräges erhalten habe, daß nunmehr ein Abgeordneter aus dem schönen Kreis Lindau und der wundervollen Stadt Lindau Mitglied des Landtags sei, und daß sie sich in der Lage sehe, Land und Volk unserer Pfalz zu grüßen.

Ich muß gestehen, daß ich — abgesehen von der erwünschten nunmehrigen Gegenwart eines Vertreters Lindaus im Landtag und dem sehr erfreulichen, offenkundig zunehmenden Wunsch der angestammten Rheinpfalz, zu Bayern zurückzukehren —

(Abg. Bezold: Wieso „angestammt“?)

keinen Grund zu einer solchen lyrischen Emotion zu sehen vermag. Der CSU-Abgeordnete **Strauß** hat vor wenigen Tagen in Plattling eine Rede gehalten und sich in dieser Rede, ebenso wie am Donnerstag der vergangenen Woche im Bundestag, in der schärfsten Weise, und meines Erachtens mit Recht, gegen die **Politik der Besatzungsmächte** ausgesprochen. Welch ein Widerspruch klafft hier zwischen der freundlich erhellten Landschaft einer angeblich unendlich gebesserten Besatzungspolitik und der scharfen Geißel der Verurteilung eben dieser Besatzungspolitik! Auch wir sind der Meinung, daß die alliierte Politik gegenüber dem deutschen Volk einen jener grundlegenden Fehler gemacht hat, die immer wieder die Ursache einer neuen Katastrophe der Menschheit waren. Wie die Unternehmer — ich spreche das Wort mit Absicht aus — zu spät erkannt haben, was sie kraft ihrer moralischen Verpflichtung und der christlichen Gebote ihren Mitarbeitern, den Arbeitern, schuldig waren, und wie ein solches „zu spät“ zur Verschärfung des sozialen und gesellschaftlichen Kampfes und der sozialen Zustände geführt hat,

(Zuruf vom BHE: Siehe Lastenausgleich!)

so hat auch hier eine Verspätung, das heißt die Nichtwahrnehmung des psychologisch richtigen Augenblicks, einem Besiegten gegenüber das zu tun, was notwendig ist, eine einmalige Gelegenheit, eine moralische Eroberung von größter Tragweite zu machen, für alle Zeiten verschüttet. Deswegen sind wir der Meinung, daß wir durchaus, wenn wir schon Besiegte sind, sagen dürfen: Wir verstehen, daß es schwer ist, aus einem Feind einen Freund, aus einem Gegner einen Verbündeten zu machen. Alles das begreifen wir. Wir begreifen aber nicht, daß man das Kunststück fertigbringen will, diesen im Besatzungsrecht als Besiegten Festgenagelten gleichzeitig zu seinem Schwert zu machen.

(Sehr gut! bei der BP)

Man hat nach der **Konferenz der Außenminister** am 12. September in New York in weiten Bezirken

(Dr. Etzel [BP])

der Deutschen geglaubt, Anlaß zu einer frohen Hoffnung zu haben. Es ist kein Anlaß gegeben gewesen. Das Besatzungsrecht besteht in voller Schärfe fort. Und kurz, nachdem diese Ministerkonferenz der Alliierten stattgefunden hatte, erklärte man uns: Ihr werdet zwar im Besatzungsrecht einige Erleichterungen erfahren, aber ihr dürft nicht daran denken, daß ihr etwa solche Erleichterungen in der wirtschaftlichen Selbstbestimmung dazu benützen dürft — das ist expressis verbis zum Ausdruck gekommen —, um die in der US-Zone eingeführte Gewerbefreiheit einzuschränken oder aufzuheben. Selbst in solchen, am Großen gesehen verhältnismäßig kleinen Dingen will man uns nicht von der Kette lassen. Ich verstehe also angesichts der Tatsache, daß wir als im Waffenstillstand verfangene Besiegte das Besatzungsstatut über uns haben,

(Zuruf: Stellungnahme zur Regierungserklärung!)

nicht, daß man heute noch demontiert, entflieht — man liefert lediglich seit acht Tagen nicht mehr aus — und daß man vor allem aber auch unseren Handel mit dem Osten abzuschneiden versucht.

(Abg. Bezold: Zur Sache!)

Darüber wird im Zusammenhang mit der Frage der Wiederermöglichung des Bezugs der Tschechenkohle noch ein Wort zu sagen sein. — Ich sehe hier also nicht die Tatsache einer wirklich und wesentlich gemilderten Besatzungspolitik. Denn unsere Unfreiheit besteht nach wie vor fort. Ihre Aufhebung wird nicht nur abhängig gemacht von der Anerkennung der Schulden, auch der Vorkriegsschulden, von der Verteilung unserer Rohstoffe an die Mächte des Atlantikpakt, von der OEEC, sondern zweifelsohne auch von unserer Bereitschaft, das zu tun, was man von uns will, nämlich uns in die alliierte Strategie einzuordnen. Weder die planetarische Lage noch die Verhältnisse in der Bonner Republik noch die eigene Politik des Herrn Ministerpräsidenten können den Anlaß zu einer solchen, wie ich gesagt habe, lyrischen Emotion bilden. Es genügt nicht, einen Dr. Guthsmuths im Kabinett zu haben. Bonn hat sogar einen Dr. Wildermuth; ich möchte nicht annehmen, daß dieser Komparativ eines Bundesministers auch einen höheren Grad von Energie, Intensität und Initiative bedeutet.

(Zuruf von der CSU: Das ist völlig witzlos. —
Zuruf von der SPD: Armselig!)

Im grellen Widerschein der koreanischen Stichflamme und auf dem düsteren Untergrund der sich rasch verschärfenden **Spannungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage in der Bonner Bundesrepublik**, vor der dunklen Drohung einer Entwicklung, in der die politischen Mittel einer Erhaltung des Friedens aufgegeben zu werden scheinen und früher oder später dann nach einer kräfteverzehrenden Phase allseitiger Hochrüstung der wirtschaftliche Zusammenbruch oder der heiße Krieg zu erwarten wäre, in einer solchen Zeit ge-

nügen Ermutigungen und selbstverständliche nüchterne Arbeit allein nicht. Da bedarf es eines weiten Blicks, eines tiefen geistigen Atems und starkmütiger Besonnenheit, aber auch einmal eines mitreißenden Temperaments. Natürlich, man muß nüchterne, wie die Regierungserklärung sagt, zielstrebige, nicht durch abstrakte Doktrinen irritierte Arbeit leisten. Aber man muß auch den Glauben an eine eigene Idee, die eigene Idee haben. Müde Skepsis, die jeden reformerischen Vorschlag neuer, anderer Grundgedanken mit einem scheinbar überlegenen wissenden Lächeln abtut, zurückweist oder als Utopie erklärt, würde die Lage nicht überwinden und die Zukunft nicht vorbereiten können.

Nun gut, seien wir, wenn es um unveräußerliche Rechte und große Ziele geht, auch einmal Utopia! Oft schon haben sich in der Geschichte **vermeintliche Utopien als stärkste Realitäten** erwiesen. Auch der menschliche Geist und der menschliche Wille sind Realitäten. Die Lebensrechte Bayerns, über die man wieder einmal hinweggegangen ist, sind, weil Naturrecht, unveräußerliche Realitäten.

Die Wiederaufrichtung einer geordneten Verwaltung ist, sagt die Regierungserklärung, ohne **Berufsbeamtentum** unmöglich. Auch wir sind dieser Auffassung. Je kleiner, je besser vorgebildet, je besser fortgebildet, je besser besoldet und je integrer ein Beamtenkörper ist, desto besser werden die Staatsaufgaben und die Nöte der Zeit bewältigt, nicht durch Bürokraten, unter denen Menschen zu verstehen sind, die unfähig, unvorbereitet, nicht sachlich geprüft, nur auf Grund irgendeiner parteipolitischen Zugehörigkeit in ein Amt gelangen und dort durch eine nicht zivile Behandlung der Bevölkerung auffallen. Solche Leute nennen wir Bürokraten. Bis 1933 waren die vorzüglichsten Elemente und Eigenschaften der bayerischen Verwaltung **Objektivität und Konzilianz**; es herrschte ein bürgerliches Klima; Befehlshaberei und Kasernenhofton waren unbekannt. Die Beamten fühlten sich wirklich als Staatsdiener, sie waren keine Gamaschenknöpfe. Wir möchten ein solches hochstehendes Beamtentum wiederherstellen. Wir bejahen mit vollem Nachdruck den Gedanken und den Grundsatz des Berufsbeamtentums. Aber wir möchten nicht, daß es sich hier um eine Schimäre handelt. Was dem Beamtentum — auch das muß ausgesprochen werden — in den letzten Jahren zugemutet worden ist, geht über die zulässigen Grenzen hinaus. Ich spreche nicht davon, daß der Beamte mit der Anpassung seiner Bezüge in der Regel nicht gleichen Schritt mit der Änderung des Preisgefüges halten kann, weil seine Stellung eine andere als die anderer Arbeitnehmer ist; aber wir sind der Auffassung, daß die **Treuepflicht des Beamten** gegenüber dem Staat von der **Treuepflicht des Staates** gegenüber dem Beamten beantwortet werden muß. Was in der Entnazifizierung geschehen ist, verstößt gegen die Grundsätze des Berufsbeamtentums. Die Art und Weise, wie die Entnazifizierung im Bereiche der Beamenschaft durchgeführt worden ist, war geeignet,

(Zuruf von der SPD)

(Dr. Etzel [BP])

die Grundsätze des Berufsbeamtentums zu verleugnen und dieses selbst zu zerstören. Die Aufgaben der Beamtenschaft und der Staatsverwaltung können nur gelöst werden — so sagt der Herr Minister des Innern mit Recht in der Regierungserklärung —, wenn eine **Verwaltungsvereinfachung** voraus- oder gleichzeitig einhergeht. So viel Staat wie notwendig, so wenig Staat wie möglich!

Eine Verwaltungsvereinfachung ist nicht mit äußeren Mitteln möglich, sondern nur dann, wenn ein **Abbau der Staatsaufgaben** selbst erfolgt, wenn die Gesetzgebung sich einer Sprache befleißigt, die von allen verstanden wird, wenn der Gesetzgeber vor allem auf eine Kasuistik verzichtet, die die Gesetze in Wahrheit zu einem Gestrüpp oder Dickicht macht, in dem sich auch der Fachmann kaum mehr zurechtfindet. Wir sind durchaus der Auffassung, daß ein Verwaltungsabbau und eine Verwaltungsvereinfachung kommen muß im Interesse einer **qualitativen Hebung der Verwaltung**. Die bayerische Verwaltung hat ja keinen Anlaß, sich ihrer Leistungen in der Vergangenheit zu schämen. Aber auch die Bevölkerung muß sich daran gewöhnen, daß nicht bei jedem Anlaß die Klinke der Gesetzgebung, wie Bismarck einmal sagte, in die Hand genommen und für jeden einzelnen Fall ein Gesetz erlassen wird.

Zu einer Staatsvereinfachung gehört der **Ausbau der Selbstverwaltung**. Auch dieser Gedanke wird in der Regierungserklärung, wie wir mit Genugtuung feststellen können, bejaht. Sie ist billiger und besser als die unmittelbare Staatsverwaltung, und es entspricht unseren föderalistischen Auffassungen, daß, was in den unteren Instanzen der Verwaltung geschehen kann, nicht in den oberen erledigt werden darf. Unsere Auffassung geht dahin, daß die Zentrale, die Staatsregierung, selbst nicht verwalten, sondern regieren muß,

(Sehr gut! bei der SPD)

daß also eine weitgehende **Dekonzentration der Staatsaufgaben** von oben nach unten zu erfolgen hat. Wir wünschen vor allem, daß die **neue Gemeindeordnung** dies berücksichtigt, daß der eigene Wirkungskreis der Gemeinden durch eine immer stärkere Einbeziehung von Gegenständen des übertragenen Wirkungsbereiches erweitert wird.

(Sehr gut!)

Wir wünschen weiterhin, daß die Gemeinden eine weitgehende finanzielle Selbständigkeit erhalten.

(Sehr gut!)

Bayern besaß vor dem Machtantritt des Nazismus die modernste Kommunalverfassung, die es damals in Deutschland gab, während in Preußen zu gleicher Zeit noch die sechs Provinzial- und Kreisordnungen und die sieben Stadt- und Landgemeindeordnungen aus der Hohenzollernzeit galten. Wir haben also in Bayern durchaus die Möglichkeit, die Pionierarbeit der bayerischen Verwaltung und Gesetzgebung weiterzuführen.

Die Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung der **Verwaltungsgerichtsbarkeit** begrüßen wir ebenfalls. Daß die Verwaltungsgerichtsbarkeit so außerordentlich überlastet ist, ist der Ausdruck dafür, daß die Verwaltung noch nicht frei von Verwaltungswillkür ist und die volle Gesetzmäßigkeit ihrer Praxis noch nicht wieder erlangt hat.

In der Frage der **Polizei** stehen wir mit meinem Vorredner, dem Herrn von Knoeringen, auf dem Standpunkt, daß es gilt, eine verfassungstreue, den demokratischen Grundsätzen ergebene, zuverlässige, fachlich geschulte und leistungsfähige Polizei aufzubauen. Vor allem sind wir auch der Meinung, daß die besoldungsrechtliche Regelung einer solchen Zielsetzung Rechnung tragen muß. Auch die oft ganz ungenügende **Ausstattung der Landpolizeiposten** bedarf dringend der Verbesserung. Aber wir haben Bedenken, wenn das Wort Bundespolizei fällt. Wie Sie wissen, liegen dem Bundestag Gesetzesvorschläge sowohl der SPD als auch der FDP vor, die auf nicht mehr und nicht weniger abzielen, als auf eine Änderung des Grundgesetzes zu dem Zwecke, in der Bundesrepublik eine **bundes-eigene Polizei** aufzubauen. Ich hoffe nicht, daß der Herr Innenminister hier in einen für ihn tragischen Konflikt mit seiner staatspolitischen und verfassungsrechtlichen Überzeugung gerät, sondern daß es ihm möglich wird, dafür zu sorgen, daß dieser Haupt- und Eckpfeiler der staatlichen **Selbständigkeit der Länder** nicht angetastet und daß auch nicht versucht wird, auf dem Wege der Errichtung der Grenzschutztruppen in die Polizeihöhe der Länder entscheidend und nachhaltig einzugreifen.

Besonders begrüßt haben wir die Ankündigung, die dann auch von den beiden Ressorts der Wirtschaft und der sozialen Bereiche aufgenommen worden ist, daß der **Wohnungsbau** mit allen Mitteln gefördert werden soll, der soziale und der private Wohnungsbau. Ebensowenig wie der private Wohnungsbau ohne den sozialen gepflegt und entwickelt werden darf, kann auch der soziale Wohnungsbau ausschließlich zu Lasten des privaten gefördert werden. Wir wollen die beiden Möglichkeiten im Interesse der anständigen Unterbringung der deutschen Bevölkerung gefördert und entwickelt sehen. Dazu haben wir uns erlaubt, eine besondere Interpellation einzubringen. Ich darf mich daher darauf beschränken, diesen Punkt nur anzurühren. Die Begründung der Interpellation wird auf die schwere Lage und die Krise, die dem sozialen Wohnungsbau, dem Wohnungsbau schlechthin droht, besonders eingehen.

Der **Flüchtlingsausgleich** zwischen den Bundesländern und der innerbayerische Flüchtlingsausgleich sind nicht nur Fragen des sozialen und des finanziellen Gebiets, sondern auch solche der Wirtschaft. Ich gebe zu, daß sich beim ersten Zusammenprall der neu ankommenden Massen mit den Einheimischen Konflikte ergeben konnten, vielleicht sogar ergeben mußten und Säurebildungen stattfanden. Es haben sich zweifelsohne Mißverständnisse und Gegensätze ergeben, die zum Teil hätten vermieden werden können, zum Teil

(Dr. Etzel [BP])

aber auch verständlich waren. Denn man hat gerade dem bayerischen Land eine Last zugemutet, von der andere deutsche Länder, die erheblich größere Hilfsmittel besitzen, verschont wurden. Wir sehen diese Dinge — ich darf das ganz klar aussprechen — nicht unter dem Gesichtspunkt eines Ressentiments. Wir haben uns mit dieser Tatsache abzufinden, wir haben aber auch das Beste daraus zu machen. Die Bank deutscher Länder hat in ihrem Bericht vom Mai 1949 bereits darauf hingewiesen, daß eine der wesentlichen Ursachen der strukturellen Labilität der Wirtschaft in der Bundesrepublik die **ungleiche Verteilung der Flüchtlingsmassen** sei. Darum geht es uns. Wir wollen, daß sich niemand von der Gemeinsamkeit des deutschen Schicksals separiert,

(Sehr gut! — Abg. Dr. Franke: Das soll ein Wort sein!)

daß niemand sagt: Ihr habt eine größere Last zu tragen als wir! Wir haben in der letzten Debatte im Bundestag am 13. Dezember, zu der wir ja wohl durch unsere große Anfrage den Anstoß gegeben haben, mit Vergnügen und Genugtuung festgestellt, daß die grundsätzlichen Auffassungen der einzelnen Parteien zu diesem Problem keine wesentlichen Unterschiede mehr aufweisen, daß heute alle Seiten des Bundestages die Notwendigkeit eines solchen Austausches gerade auch im Interesse der Flüchtlinge selbst bejahen. Ich war, wie die Interpellanten im Bundestag sprachen, versucht, sie einzuladen, Hospitanten der Bayernpartei zu werden, weil eine so weitgehende Übereinstimmung in dieser kapitalen Frage des deutschen Schicksals heute besteht. Es war für uns eine beglückende Erfahrung, die wir machen konnten.

(Zurufe aus der Mitte. — Abg. Dr. Baumgartner: Vor zwei Jahren war es noch anders.)

In der Frage der **Wirtschaftspolitik** handelt es sich vor allem um den Ausgleich der verschiedenen Sektoren der Wirtschaft. Es geht nicht an, daß ein Sektor auf Kosten des anderen bevorzugt und der andere zugunsten des einen benachteiligt wird. Wir unterschreiben, was der Herr Wirtschaftsminister zur Notwendigkeit der vollen Entwicklung aller bayerischen Hilfsmittel und Energiequellen ausführt. Darüber ist oft gesprochen worden. Es hieße in Wahrheit Wasser in die Isar tragen, wenn auf diese Dinge noch näher eingegangen werden wollte.

Auch in der Frage der besonderen Entwicklung der **Notstands- und Grenzlandpolitik**, die hier aufgeworfen worden ist, trennen uns keine Unterschiede. Ebenso haben wir es begrüßt, daß der Herr Sozialminister die Notwendigkeit betont hat, auch mit Hilfe der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge Grenzland- und Notstandspolitik zu treiben.

(Zuruf von der SPD: Die Bayernpartei ist koalitionsreif! — Heiterkeit)

Wir haben besonders die Randlage **Bayerns** im Auge, die dazu geführt hat, daß die Gestehungskosten der bayerischen Wirtschaft gegenüber den-

jenigen der übrigen Länder vorbelastet, daß die Startbedingungen der bayerischen Wirtschaft infolge dieser Randlage viel ungünstiger sind als anderwärts. Wir haben in diesen Fragen ja in voller Übereinstimmung mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium, gleichzeitig mit ihm, doch von ihm unabhängig, in Bonn Anträge gestellt, die vor allem auf eine **Frachthilfe** für die toten Winkel der bayerischen Wirtschaft in Nordost-Oberfranken abzielen sowie auf eine Politik degressiv gestaffelter **Tarife**. Auch die Frage der **Wiederherstellung süddeutscher Eisenpreise** ist lebenswichtig für die bayerische Wirtschaft. In diesem Zusammenhang bitte ich besonders zu erwägen, ob nicht im Rahmen der künftigen Landesplanung auch die Möglichkeit der Erstellung eines Kraftwerks in Stockheim untersucht werden kann. Alle diese Fragen sind nicht Gegenstand irgendeiner Differenz.

Die Frage der **sozialen Marktwirtschaft** führt in ein umstritteneres Gebiet. Die soziale Marktwirtschaft bejahen wir; aber wir müssen zugeben, daß die soziale Marktwirtschaft, wenn wir sie auch nicht als „Wirtschaft im Dschungel“ ansehen, doch ihre Mängel hat, weil in ihr grelle Unterschiede zwischen den einzelnen Einkommensgruppen, der großen Masse und einer verhältnismäßig kleinen Schicht, zu Tage getreten sind. Es konnten Aufstockungen von Vermögen in kürzester Frist stattfinden, während große Teile des Volkes selbst in bescheidener Bedürfnislosigkeit, ja oft in Not verharren mußten. Man muß es ablehnen, in dem ständigen Wechsel zwischen Voll- oder Überbeschäftigung und Depression, zwischen Krise und Arbeitslosigkeit einerseits und Konjunktur andererseits unvermeidbare Folgen und Wirkungen eines Naturgesetzes zu sehen. Sie sind in Wahrheit heftige Erscheinungen einer sich selbst überlassenen Wirtschaft.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wirtschaft ist keine Meteorologie, sondern eine Angelegenheit der **menschlichen Vernunft** und der **menschlichen Moral**. Sie muß dem Verlangen der Massen nach einem menschenwürdigen Dasein, nach Sicherheit der Existenz und nach Gerechtigkeit Rechnung tragen, wenn anders nicht die Neigung der Individuen, in das Kollektiv zu flüchten und in ihm das Heil zu erblicken, zunehmen soll. Der krasse Gegensatz zwischen arm und reich, Großbesitzern und Habenichtsen, schwelgerischem Luxus der einen und Hunger und Karglichkeit der anderen ist keine kosmische Notwendigkeit. Eine solche Prädestinationslehre lehnen die Massen mit Recht ab. Gerade weil wir die Privatwirtschaft anerkennen, weil wir das **Privateigentum** als die **Grundlage der menschlichen Wirtschaft und menschlicher Gesittung** bejahen, gerade deswegen müssen wir als Ergänzung, als Komplement dieser Rechte auch die **soziale Verpflichtung** betonen. Wir wünschen nicht, daß die mögliche Erfüllung sozialer Verpflichtungen unterlassen oder auf die lange Bank geschoben wird.

Auch Herr Wirtschaftsminister Dr. Erhard mußte inzwischen unter dem Zwang der Auswirkungen

(Dr. Etzel [BP])

der allgemeinen Entwicklung zugeben, daß es notwendig ist, die Wirtschaft zu „manipulieren“. Am nächsten Donnerstag wird im Bundestag in zweiter und dritter Lesung ein Gesetzentwurf behandelt werden, der die Sicherungs- und Überleitungsmaßnahmen auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft zum Gegenstand hat. Steigende Preise, alarmierend zunehmende Arbeitslosigkeit, Einschränkung des Eisenbahnverkehrs, Engpässe in der Versorgung mit Kohle und elektrischer Energie sind **Warnzeichen**, die nicht übersehen werden können. Sie zeigen, daß die innere Tragfähigkeit und Struktur der deutschen Wirtschaft eben noch nicht fest genug sind. Der Zusammenbruch der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik im September/Oktober des vorigen Jahres war eine sehr ernste Mahnung, daß in der Wirtschaft zugewissene **Rangordnungen und Planungen** gegriffen werden muß, die allerdings niemals mehr die Einführung einer Zwangswirtschaft zum Gegenstand und zum Ziele haben können — Planungen, die in die Ausgangspunkte, die Anfangsstadien des wirtschaftlichen Ablaufs zurückverlegt werden müssen.

Herr Dr. Erhard hat gesagt, er habe das **Gespöst des Normalverbrauchers** erschlagen. Nun ja, das Gleichnis ist nicht ganz zutreffend; denn ein Gespöst ist sowohl fleisch- wie beinlos. Der Normalverbraucher hatte zwar kein Fleisch, aber immerhin noch Knochen. Dieser Normalverbraucher soll und darf nicht wieder erstehen, gerade weil wir jede Zwangswirtschaft, jede Kollektivierung der Wirtschaft — auch auf Umwegen, wenn sie versucht werden — ablehnen. Gerade deswegen sind wir der Auffassung, daß rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen sind, die auf die Ordnung eines doch allzu weit gegangenen Systems der freien Marktwirtschaft abzielen. Wir sind also Anhänger der sozialen Marktwirtschaft, aber Gegner ihrer Auswüchse.

(Heiterkeit und Widerspruch bei der SPD)

— Wir sind Anhänger und Verteidiger des Privateigentums und der Privatwirtschaft, aber ebenso sehr Verfechter des Gedankens, daß sich in der Wirtschaft der Staat nicht auf die Rolle eines Nachtwächters, der mit Laterne und Speiß die Stunden ansagt, beschränken darf, sondern daß er im Hintergrund für eine von weither wirkende Lenkung und Ordnung sorgen muß.

Die Worte über den **gewerblichen Mittelstand**, die in der Regierungserklärung enthalten sind, billigen wir. Sowohl in der Weimarer wie auch in der bayerischen Verfassung — dort im Artikel 164, hier im Artikel 153 — sind der besondere Schutz und die besondere Förderung des gewerblichen Mittelstandes versprochen worden. Das Bonner Grundgesetz enthält eine solche feierliche Verpflichtung nicht. Wir sind der Auffassung, daß der gewerbliche Mittelstand als Teil des großen Bürgertums in Bayern, zu dem wir auch die Arbeiterschaft zählen,

(Bravo! bei der SPD)

Anspruch auf die Neuordnung der Grundlagen sei-

ner Berufsausübung hat. Mit Recht fordert das Handwerk wie der Einzelhandel die Neuordnung der **Zulassung zum Gewerbebetrieb**. Sie wollen Berufe der Fachleute sein; eine Bedürfnisprüfung soll nicht in Frage kommen. Dem Bundestag liegt der Gesetzentwurf über eine **Handwerksordnung** vor. Er enthält, worauf ich hinweisen darf, **zentralistische Elemente**. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß zentralisierte Wirtschaftsorganisationen die besten Instrumente, die wirksamsten Hilfsmittel einer Diktatur sind. Wir dürfen es niemals mehr dazu kommen lassen, daß eine Berufsorganisation zentralistisch aufgebaut wird. Ich lenke die besondere Aufmerksamkeit des Wirtschaftsministeriums auf diese Frage und möchte noch bemerken, daß es genügen muß, im Bund ein Rahmengesetz für die notwendigen Regelungen zu erlassen, wie dies auch für die Landwirtschaftskammern beabsichtigt ist.

Das **Berufsschulgesetz**, das angekündigt worden ist, erwarten wir mit großem Interesse. Die Schulen des Volkes, die Volkshauptschule und die Berufsschule, durch die, wie die Regierungserklärung selbst hervorhebt, 90 Prozent unserer Volksangehörigen hindurchgehen, bedürfen einer besonderen Pflege.

Bezüglich der **Verkehrsfragen** sind wir einigermaßen stutzig geworden, weil wir hier in keiner Weise erkennen konnten, ob die Unterlassung der Besetzung des **Verkehrsministeriums** die Vorstufe für die Eingliederung dieses Ressorts in das Wirtschaftsministerium sein soll. Auch dem Wirtschaftsausschuß hier im Parlament ist der früher selbständige Verkehrsausschuß eingegliedert worden. Es ist populär, zu sagen, im Zuge der Staatsvereinfachung und der Staatsverbilligung müssen auch überflüssige Ministerien verschwinden. Ich will die Frage hier nur streifen. Wir möchten dem Herrn Ministerpräsidenten, der sich die politische Leitung des Ministeriums vorbehalten hat, auch keine Schwierigkeiten bereiten, damit nicht vorzeitig ein hitziges Tempo in eine Angelegenheit hineingebracht wird, die vielleicht einer behutsamen Zurückhaltung bedarf. Ich möchte aber hier vor einem warnen: Man kann nicht in Bayern die gleichen Erwägungen anstellen wie vielleicht in Nordrhein-Westfalen; denn für Bayern spielen die Verkehrsfragen eine ungleich wichtigere Rolle als in irgendeinem anderen deutschen Land. Seine Randlage erhebt die Verkehrsfragen zu einer Kategorie ersten Ranges und die populäre Optik, in der die Aufhebung eines solchen Ministeriums als Sparmaßnahme erscheinen mag, würde ein falsches Bild ergeben; denn in Wahrheit würde sich finanzpolitisch, besoldungsrechtlich kaum etwas ändern. Der Aufwand würde im wesentlichen der gleiche bleiben, da das ganze Ressort dann doch als Abteilung des Wirtschaftsministeriums geführt werden müßte. In der Sache selbst würde aber zweifelsohne ein außerordentlich großer Schaden angerichtet.

Über den Straßenbau brauche ich mich nicht zu verbreiten; wir werden uns erlauben, dem Hohen Hause hierzu einen besonderen Antrag vorzulegen.

Die **Agrarpolitik** steht — von einem Punkt abgesehen — außerhalb des Meinungsstreits im Parla-

(Dr. Etzel [BP])

ment und in der Politik. Sie stellt einen geschlossenen und feststehenden, überall, auch von der gewerblichen Wirtschaft und den Gewerkschaften anerkannten Kanon dar, mag es sich um Fragen der Marktordnung für Getreide, Milch, Fett, Vieh, Fleisch, Zucker, der Intensivierung der bäuerlichen Betriebe und der Gartenbaubetriebe, der Flurbereinigung, der Bekämpfung der Landflucht — hiezu hat Herr Kollege von Knoeringen durchaus zutreffende Ausführungen gemacht —, um die Schließung der Preisschere, die landwirtschaftliche Aus- und Fortbildung, die notwendige Pflege des Bauernwaldes und anderes mehr handeln. Ein Meinungsstreit besteht nur hinsichtlich des Ausmaßes der Liberalisierung; aber diese Frage hat eine über den Agrarsektor hinausgehende Bedeutung. Es kann nicht bestritten werden, daß die Bundesrepublik in der Frage der **Liberalisierung des Außenhandels** eine ungeheuer große Vorleistung gegenüber den anderen Marshallplan-Ländern vollbracht hat.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Die Länder der OEEC waren durchwegs nicht gewillt, den deutschen guten Willen zu quittieren. Ihre Mehrzahl hat die Liberalisierung sich selbst gegenüber nur zu einem Teil vollzogen. Die Liberalisierung ist auf Verlangen der OEEC von 60 Prozent auf 75 Prozent hinaufgesetzt worden; Holland hat gegenüber der deutschen Bundesrepublik sogar eine 81prozentige Liberalisierung erreicht, zum Schaden des deutschen Garten- und Obstbaues. Alle diese Länder, Holland, Dänemark, auch Frankreich, haben ihre ganze Exportpolitik auf die deutsche Liberalisierung eingestellt. Während früher der Exportsaldo der Bundesrepublik gegenüber Frankreich aktiv war, gestaltete er sich wenige Wochen nach Einführung der Liberalisierung im höchsten Maße passiv. Diese weitgehende Liberalisierung, die die Landwirtschaft in stärkster Weise in Mitleidenschaft gezogen hat, ist von uns in einer positiv höchst einseitigen und entsagungsvollen Weise erfüllt worden.

(Abg. Kiene: Waren Sie nicht für die Liberalisierung?)

Die Länder des britischen Weltreichs, des Sterlingblocks, denken nicht daran, sich der Liberalisierung anzuschließen, auch nicht hinsichtlich ihrer Importe, die über London abgerechnet werden.

Wir wünschen also hier die maßvolle Korrektur einer Übertreibung und wenn der ERP-Minister noch auf der Ratstagung der OEEC in Paris am 26. Oktober durchwegs weitgehende Zusicherungen hinsichtlich der weiteren Liberalisierungsbereitschaft der Bundesrepublik gemacht hat, so muß man dazu sagen, daß solche Versprechungen nicht honoriert werden können. Der Schutz der Landwirtschaft, aber auch der Schutz der gewerblichen Wirtschaft verlangt, daß die Liberalisierung in einem Rahmen gehalten wird, der den Liberalisierungsabsichten und der Liberalisierungspraxis der übrigen Länder des Marshallplans entspricht.

Solange die Preisschere nicht geschlossen ist, muß die Landwirtschaft **verbilligte Düngemittel** erhalten. Nach den neuen finanzpolitischen Plänen scheint in Bonn die Absicht zu bestehen, die Subventionen für die Düngemittel aufzuheben, die zur Zeit einen Betrag von etwa 350 Millionen D-Mark ausmachen. Es muß aber auch unbedingt verhindert werden, daß gewährte Subventionen in den Taschen unsauberer, parasitärer Zwischenglieder verschwinden und den bäuerlichen Betrieben nicht zugute kommen, wie es wiederholt geschehen ist.

(Zuruf von der Bayernpartei: Sehr richtig!)

Die Praxis der **Bayerischen Landessiedlung** verdient unser besonderes Interesse. Sie hat die Aufgabe der Ansiedlung von Flüchtlingen in bäuerlichen Güterstellen; aber sie hat auch die Aufgabe, die nachgeborenen bayerischen Bauernsöhne anzusiedeln. Wir möchten haben, daß hier eine volle Parität herrscht und nicht eine Zurücksetzung und Benachteiligung des einen zugunsten des anderen erfolgt.

Mit Nachdruck möchte ich auf die strukturellen Schwierigkeiten und **Nöte des Bamberger Gartenbaues** hinweisen; ich glaube, der Herr Landwirtschaftsminister ist darüber eingehend unterrichtet. Es handelt sich hier um eine ganze Reihe besonderer Probleme, die ihrer Lösung harren, und ich möchte dringend bitten, dieser besonderen strukturellen Krise und Notlage des Bamberger Gartenbaues, der seine alten Absatzgebiete in Thüringen und Sachsen verloren hat, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, vor allem auch bei der Gewährung von **Meliorationsdarlehen**.

Die vom Herrn Sozial- und Arbeitsminister aufgeworfene **Problematik der Arbeitslosigkeit** bewegt uns ja alle; er sagt mit Recht, es sei eine ungeheuerliche Tatsache, daß sich in Bayern nahezu 300 000 Arbeitslose befinden, die aus strukturellen Gründen, also langfristig, keine Beschäftigung finden können. Arbeitslosigkeit ist ein großes menschliches Unglück, dem man mit allen Mitteln zu Leibe gehen muß. Eine Möglichkeit, diesen strukturellen Arbeitslosen zu helfen, bieten nur große Investitionsaufgaben. Inwieweit die Finanzlage solche zuläßt, ist eine andere Frage. Aber wir möchten hier doch zum Ausdruck bringen, daß wir es vorziehen, Butter statt Kanonen und Wohnungen statt Kasernen zu haben.

(Sehr gut!)

Wir möchten haben, daß die Investitionsmittel des fleißigen deutschen Volkes nicht für eine Aufgabe verschwendet werden, die nur der Anfang eines neuen Unglücks sein könnte und die es unmöglich machen würde, die uns bedrängenden und beunruhigenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme eines armen gequälten Volkes endlich zu lösen.

(Beifall bei der BP)

Gerade auch unter diesem Gesichtspunkt hat für uns die Frage der Wiederaufrüstung eine so große Bedeutung.

(Dr. Etzel [BP])

Auch wir haben es außerordentlich beklagt, daß die **Renten- und Versorgungsanträge der Kriegsoffer** noch in so großer Zahl teils unerledigt bleiben mußten, teils nur in einem Schnellverfahren vorläufig abgewickelt werden konnten. Wir hoffen, daß es durch eine rationelle Organisation dem zweifellos überlasteten Ministerium möglich sein wird, diese Rückstände alsbald nachzuholen. Es handelt sich um ein nobile officium des Volkes und der staatlichen Verwaltung.

Hoffentlich gelingt es auch der Staatsregierung, den Sitz des **Bundesamts für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge** nach Bayern zu bekommen. Vielleicht ist es ihr möglich, hier bei ihrer Initiative etwas stärkere Grade einzuschalten, als dies bei der Frage der Gewinnung des Sitzes des Bundesgerichtshofs der Fall war.

Im Bereich der **Schul- und Kulturpolitik** im allgemeinen, insbesondere der **Kirchenpolitik**, stehen wir auf dem unverbrüchlichen Standpunkt des Christentums, und zwar der beiden christlichen Bekenntnisse. Im Christentum und seiner Sittenlehre sehen wir die höchste Blüte einer sittlichen Weltlehre. Die immer noch bestehenden beträchtlichen Reste der Zerrüttung der sachlichen, organisatorischen und personellen Fundamente der Schule müssen alsbald beseitigt werden. Es ist aber auch notwendig, endlich ein **Gleichgewicht zwischen den einzelnen Schulgattungen** herzustellen. Wir beklagen die übermäßige und einseitige Bevorzugung der höheren Schule. Wir beklagen sie deswegen, weil wir in einer solchen Inflation eine Beeinträchtigung des sozialen Prinzips sehen, weil wir hier die Quelle eines ständig wachsenden akademischen Proletariats erblicken, eines Proletariats, das nicht nur gesellschaftlich, sondern auch politisch außerordentlich gefährlich und bedenklich werden kann, und das zu verhindern wir die Pflicht und Verantwortung haben. Die höhere Schule kann wie die Hochschulen und Universitäten nur auf den Grundsätzen der Auslese und der Begabtenförderung aufgebaut werden. Es muß auch den Kreisen der Aufstieg zu den akademischen Berufen ermöglicht werden, die wirtschaftlich dazu sonst nicht in der Lage wären. Wir stimmen auch darin mit der Regierungserklärung überein, nur diejenigen, die zum theoretischen, abstrakten, also wissenschaftlichen Denken und Arbeiten befähigt und begabt sind, in die höhere Schule gelangen zu lassen. Die Ungeeigneten aber dürfen nicht erst oben in der 9. Klasse oder in einem der ersten Semester einer Hochschule ausgesondert werden. Vielmehr ist notwendig, diese Auslese schon am Anfang des Zugangs zur höheren Schule und dann fortlaufend vorzunehmen. Andererseits muß verhindert werden, daß Spätreife zu früh aus der höheren Schule ausgeschaltet werden.

Vor allem aber liegt uns die Entwicklung und Entfaltung der **Volks- und Berufsschule** am Herzen. In ihr sehen wir, abgesehen von der Erwachsenenbildung, die wahre Schule und Bildungsanstalt des Volkes. In ihrem Aufbau, in ihren Lehrplänen, in der Lehrervor- und -fortbildung, in personeller und besoldungsrechtlicher Hinsicht muß hier der Staat

eine besondere Anstrengung machen. Wir von der Bayernpartei sind der Auffassung, daß die Berufsschule in Zukunft nach Maßgabe der staatlichen Finanzmöglichkeiten als Staatsaufgabe entwickelt und verwirklicht werden muß. Wir sehen nicht ein, warum die einen Schulgattungen vom Land getragen, andere aber auf die Schultern der Gemeinden gelegt werden, obwohl die Wohlfahrt des Landes, die Entwicklung seiner Finanzen, seine staatliche Stellung und die Bewahrung seiner Eigenständigkeit als Staat weitgehend davon abhängen, daß wir einen leistungsfähigen wertschaffenden Nachwuchs erhalten. Die bayerische Selbständigkeit kann auf die Dauer nicht gewahrt bleiben, wenn nicht die wirtschaftlichen Fundamente des Landes unablässig gestärkt werden. Das kann nicht allein durch eine fortgesetzte Industrialisierung, der Grenzen gesetzt sind, erreicht werden. Die systematische Erziehung und die Vermittlung der Befähigung zu einer wirklichen Wertarbeit müssen hinzukommen. Die Qualität der bayerischen Arbeit war in der Vergangenheit immer mit an erster Stelle gestanden. Für die Begründung und Entwicklung der Berufsschule ist in Bayern Pionierarbeit geleistet worden. Wir wollen diesen Vorsprung, diese Ehre, die die **bayerische Schulentwicklung** als ganzes genoß, nicht preisgeben und uns nicht von anderen überflügeln lassen. Wir wollen also, daß diese Schule des Volkes vom Staate selbst als Staatsaufgabe übernommen wird. Der heutige Zustand läßt in vielen Bezirken Bayerns eine moderne Entwicklung der Berufsschule nicht zu. Viele Dinge müssen zurückstehen, nicht bloß unter den Einwirkungen des verlorenen Krieges, sondern auch deswegen, weil die Mittel der Gemeinden auch dort, wo eine Verbandsberufsschule durch den Zusammenschluß von Gemeinden ermöglicht wird, nicht ausreichen, um eine fachlich gegliederte Berufsschule aufzubauen. In der Volksschule möchten wir zur geistigen Ertüchtigung des Volkes die 9. Klasse eingerichtet wissen. Das wird sich aber erst dann durchführen lassen, wenn die 8. Volksschulklasse überall Wirklichkeit geworden ist.

Die **Schule** selbst hat eine hohe Aufgabe. Sie muß nicht nur **Wissensvermittlerin**, sondern auch **Charakterbildnerin** sein und auch **Seelenhilfe** leisten. Die Tiefenpsychologie muß zum unverzichtbaren Rüstzeug des Lehrers gehören. Es besteht ein großer Unterschied zwischen dem stockbewehrten Schulmeister des preußischen zweiten Friedrich, der häufig ein ehemaliger Feldweibel oder Feldscher war, und einem modernen Erzieher. Vor allem wollen wir, daß die Volksschule und die Berufsschule die große Aufgabe erfüllen, die jugendlichen Menschen, die in ihre Hand gegeben sind, zu wirklichen **Persönlichkeiten** zu erziehen. Gerade in ihnen muß der Vermassung des Menschen entgegengewirkt werden, der ja durch die allgemeinen Umweltfaktoren der Gefahr einer Verminderung seiner individuellen Eigenschaften ausgesetzt wird. Das ist die hohe sozialpolitische, gesellschaftliche Aufgabe und Leistung der Volks- und Berufsschule.

Die **Universitäten** möchten wir wieder zu der Blüte emporgehoben wissen, in der sie schon einmal standen, zu dem internationalen Rang, den

(Dr. Etzel [BP])

bayerische Hochschulen und Universitäten in der Welt eingenommen haben. Wir hoffen und wünschen, daß es dem bayerischen Volk und Staat möglich ist, alsbald die Wunden zu heilen und die Lücken zu schließen, die die Bomben und der Krieg in die wissenschaftlichen Institute und Forschungsstätten der Hochschulen und Universitäten gerissen hat. Die Universitäten sollen **volle Autonomie** genießen, sie sollen die Pflanzstätten einer wirklich geistigen Elite, nicht aber Massenanstalten für die Vermittlung eines reinen Berufswissens sein. Es gilt, an ihnen eine wahre Bildung zu vermitteln, die darin besteht, daß aus den gewonnenen Erkenntnissen die Folgerungen gezogen werden und daß durch vergleichende Zusammenfassung und wertende Hinordnung der erlangten Einsichten auf die letzten Gründe und Zwecke des Seins ein **Weltbild** errungen wird. Das alles wünschen wir den Universitäten, damit sie nicht denaturieren in einfache Berufswissensvermittlungsanstalten. Wir sind der Meinung, daß die Wiederherstellung der bestehenden Universitäten vorangehen muß, bevor an den Gedanken einer neuen Universität überhaupt herangetreten werden kann.

Was die **Justiz** angeht, so unterstreichen wir die Ausführungen des Herrn Justizministers. Wir appellieren an ihn, seinerseits bei der Überwindung der Vertrauenskrise mitzuwirken, die nicht nur im Bereich der Justiz, sondern in unserem gesamten öffentlichen Leben besteht, deswegen besteht, weil sich immer wieder ein scharfer und unerträglicher Widerspruch ergibt zwischen der Verkündung und der Tat, zwischen dem, was gesagt, und dem, was getan wird. Wir möchten haben, daß das Justizministerium seinen Teil dazu beiträgt, daß der Staat in Wahrheit die Standarte des Guten und des Rechts, nicht aber eine Canaille ist. Ich möchte mir erlauben anzuregen, daß der Herr Justizminister die zwar schon im Jahr 1897 erschienene, aber heute noch oder wieder ungemein aktuelle Streitschrift Iherings „Der Kampf ums Recht“ für das Ministerium beschafft und sie zum Haus- und Amtsbrevier nicht nur seines eigenen Büros, sondern auch der Abteilungen erklärt. Ich bin überzeugt, daß das Justizministerium in München an der Spitze aller deutschen Justizministerien wandeln wird, wenn die Gedankengänge dieses Breviers im Ministerium Allgemeingut geworden sind.

Ich teile die Bedenken, die das Justizministerium gegen den Anspruch unserer Zeit, große gesetzgeberische Aufgaben zu lösen, und auch gegen die Überschätzung des Wertes der Gesetzgebung zur Lösung der Probleme des Schutzes der Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsordnung äußert. Hier bedarf es in der Tat, Herr Minister, der organischen Mittel, die darin bestehen, daß wir die sozialen und wirtschaftlichen Probleme selbst lösen und die Nöte und Bedrängnisse der Menschen lindern. Der Mensch ist weder Engel noch Tier; man soll ihm nicht zuviel zumuten. Ich kann nicht von einem Menschen, den eine falsche Gesellschaftsordnung, den die Äußerungen und Wirkungen einer solchen Gesellschaftsordnung in Not bringen, jeder-

zeit eine heroische Haltung und Leistung verlangen und erwarten.

Zum Schlusse eilend darf ich sagen,

(Zurufe und Heiterkeit)

daß uns der **Abschnitt** über die Arbeit des **Finanzministeriums** eine besondere Freude bereitet hat. In seinen Bekundungen über die Abwehr der Bestrebungen des Bundes, die Finanzquellen der Länder abzuschöpfen, in seinen Äußerungen über die Stellungnahme des bayerischen Staates hinsichtlich des Reichsvermögens und in seiner Haltung gegenüber den planmäßigen Versuchen des Bundes, durch Finanzierung bundesfremder Aufgabenbereiche auf Schleichwegen die tatsächliche Einwirkungsmöglichkeit des Bundes zu erweitern und in diesem Expansionsstreben die Zuständigkeit der Länder zu unterhöhlen, sowie in seinem Standpunkt hinsichtlich der bayerischen Zinslast für 2 Milliarden Ausgleichsforderungen sehe ich eine volle Bestätigung unserer staatspolitischen Konzeption und unserer politischen Befürchtungen. Wir haben von Anfang an gesagt, daß es nicht gut gehen kann, wenn eine solche Konstruktion wie die Bonner Bundesrepublik geschaffen wird. Der ganze, vom Finanzministerium beigezeichnete Abschnitt ist nichts anderes als die Bestätigung unserer politischen Grundauffassungen.

Die Bayernpartei, meine Damen und Herren, denkt nicht daran, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Sie ist frei von Vorurteilen und Vorurteilgenommenheiten.

(Abg. Kraus: Das haben wir in der letzten Zeit gemerkt!)

Sie ist auch von keinem Rachebedürfnis erfüllt. Im vollen Bewußtsein ihrer **Verantwortung vor Bayern und der Geschichte** ist sie unter Wahrung ihrer Grundsätze bereit, jeden Beitrag zu leisten, der dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt, der Wohlfahrt und dem Glück Bayerns, dem sozialen Ausgleich, der Einheit eines föderalistisch aufgebauten Deutschlands und dem Frieden dienen kann. Sie ist bereit, allen gutwilligen Föderalisten diesseits und jenseits ihrer eigenen Grenzen die Hand zu reichen und sie zur gemeinsamen bayerischen Aufgabe aufzufordern. Sie ist durchaus der Meinung, daß nicht nur in ihr, sondern auch in anderen Fraktionen überzeugte Föderalisten vorhanden sind.

(Beifall)

Mit diesen möchte sie ohne Rücksicht auf die Fraktions- oder Parteizugehörigkeit in vollkommener Loyalität und Aufrichtigkeit zusammenarbeiten, weil sie der Meinung ist, daß nur eine **Sammlung bayerischer Kräfte** es ermöglicht, der Not der Zeit zu widerstehen und einer Entwicklung entgegenzuwirken, die in höchstem Maße gefahrvoll ist, und weil nur so Bayern innerhalb einer deutschen Gemeinschaft eine wahrhaftig europäische Rolle zu spielen vermag.

Dazu ist aber notwendig, daß auf allen Seiten vollkommene Fairness geübt wird. Es geht nicht an, ein solches Zusammenwirken, das wir nicht verwechseln dürfen mit einer organisatorischen

(Dr. Etzel [BP])

Kombination bestimmter politischer Richtungen, damit beginnen zu wollen, daß man sagt: Ja, bevor wir uns mit euch einlassen, müssen erst einige, die Zersplitterer sind, aus euren Reihen verschwinden! In den Reihen der Bayernpartei sind keine Zersplitterer.

(Heiterkeit)

Es sind eigenwillige Kräfte da, zugegeben, aber keine Zersplitterer.

Wir bejahen die Grundlagen der menschlichen Gesittung und wir bejahen humanitäre Methoden. Ich bitte alle, die guten Willens sind, auch auf ihrer Seite endlich Vorurteile fallen zu lassen. Wir denken nicht daran, einer neuen politischen Konstruktion, die da oder dort in den letzten Tagen versucht worden ist, unsere Hand zu leihen oder uns mit ihr zu identifizieren.

(Hört, hört!)

Wir sind nur der Auffassung, daß wir unseren Teil nach Maßgabe unserer Grundsätze dazu beitragen müssen, damit das gequälte deutsche Volk vor einer neuen Katastrophe bewahrt wird, in die es hineinzutaumeln droht. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme müssen gelöst werden. Wir wollen aber nicht nur Probleme, sondern auch Ziele sehen, und wir sind der Meinung, daß nicht etwa ein biologisch degenerierter oder moralisch korrupter Westen einer neuen Gesellschaftsbewegung widerstehen könnte, falls eine solche aus einer anderen Himmelsrichtung kommen sollte, sondern daß die Entwicklung, Entfaltung und Stärkung aller positiven Kräfte die beste Voraussetzung dafür bildet, zu widerstehen. Wir wollen auf dem

Gebiet unseres Heimatstaates diese Kräfte zusammenfassen, weil wir von ihm aus in der Ferne der deutschen Gemeinschaft

(Heiterkeit)

— nicht der Deutschen Gemeinschaft! — und darüber hinaus nach Europa wirken können. Gerade deshalb fordern wir, daß Sie Fairness auch von Ihrer Seite gewähren. Es ist unmöglich, einer großen Aufgaben zusammenfassenden Opposition — wir sind gewiß in der Opposition, aber in einer positiven, und wir glauben, in konstruktiver Opposition diese Aufgaben lösen helfen zu können —, mit Vorurteilen gegenüberzutreten. Auch wenn wir uns einmal ein offenes, ein streitbares Wort erlauben, meine Damen und Herren, so tun wir das aus der inneren Bewegtheit und aus der Fülle der Gesichte, hervorgerufen durch die schwere Bedrängnis unserer Zeit, in der sich ein Neues ankündigt. Wir stehen in der Tat an der Schwelle einer neuen gesellschaftlichen Entwicklung von größtem Ausmaß und es kann nicht einfach das konserviert werden, was wir als abendländische Welt bezeichnen, sondern es ist jetzt von unserer Seite ein Beitrag zu leisten, der dieser zeitgemäßen Entwicklung entspricht.

(Lebhafter Beifall bei der BP)

Vizepräsident Hagen: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Sitzung jetzt zu beenden.

Das Haus ist damit einverstanden. — Die nächste Sitzung findet morgen um 9 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 24 Minuten)

